

14 Prozent Dividende — 400 tote Kumpels
ins Zuchthaus mit den Schuldigen! fordern die Kommunisten!

Sonnabend, 25. Oktober 1930
12. Jahrgang. Nummer 249

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 Mk. + 60 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Kreuzband 3 Mk. Anzeigenspreis: Die gebogenhaltene Mittelwertzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Reklamenspreis: Die dreifachgebogene Mittelwertzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krennitzer Straße 50. Tel. 500 99.
Postfach 50. Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krennitzer
Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13,
Montags bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialredaktionen:
Görlitz, Kronprinzenstr. 250, I. Eingang Wasserstr. Tel. 2570;
Oppeln, Kdamerstraße 11, Tel. 1864; Orlitz, Lunitz 6, Tel. 2384.
Geschäftszeit 8—19 Uhr. Verlagsstand: Hauptverlagsort Breslau;
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O. Breslau. — Druck:
„Baubau“, Filiale Breslau, Krennitzer Straße 50.

Die RGO. behält die Führung

Abwürgung des Metallarbeiterstreites vertagt

Die gestrigen Verhandlungen gescheitert — Jetzt gilt es für die gesamte Arbeiterschaft einzugreifen — Heute ist Lohntag: Verstärkt die Sammlungen

Berlin, 24. Oktober. (Sig. Drahtber.) Gestern fanden bekanntlich die Verhandlungen der Abwürgung des Metallarbeiterkampfes statt. Obwohl sich Ulrich die denkbar größte Mühe gab, sein verräterisches Werk gestern bereits zum Abschluss zu bringen, mußten die Verhandlungen am Abend abgebrochen werden. Ulrich hatte den Vorschlag gemacht, den alten Tarif zu verlängern, um nach Ablauf desselben auf der Basis der Arbeitszeitentung ohne Lohnausgleich zu verhandeln. Dieses offene Einschwenken Ulrichs auf die Linie der weiteren Verelendung der Berliner Metallarbeiter machte jedoch auf die Unternehmervertreter nicht den gewünschten Eindruck. Diese bleiben nach wie vor auf ihrem Standpunkt stehen, der den

sofortigen Abbau der Löhne

zum Ziele hat. Sie vertreten diesen Standpunkt in der Hoffnung, daß die SPD. in konsequenter Fortführung ihres Verrats vom 18. Oktober auch in dieser Frage vor dem Selbstkapituliert und auf diese Weise der Lohnabbau schon jetzt durchgeführt werden kann. Aus diesem Grunde vertreten sie kategorisch die Forderung auf sofortige Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedsspruches. Sie haben auch bereits bei der Brüning-Regierung entsprechende Vorstellungen erhoben und wollen die Verbindlichkeitsklärung erzwingen.

Inzwischen steigt innerhalb der Metallarbeiterschaft der Einfluß der RGO. Die zentrale Streikleitung hatte daher gestern eine Delegation beauftragt, bei den Berliner Metallindustriellen die Forderungen zu unterbreiten, die die unter dem Einfluß der RGO. stehenden Arbeiter erheben. Die Delegation erschien gestern in den Räumen des VDM., um dort diese Forderungen zu vertreten. Die Unternehmer waren natürlich durch diese Delegation sehr unangenehm berührt. Nach längeren Verhandlungen erklärten sie, von der zentralen Streikleitung der RGO. keine Forderungen annehmen zu können. Die RGO. hat daraufhin per Einschreiben diese Forderungen den Unternehmern überreicht.

Mit der Vertagung der Verhandlungen tritt der Metallarbeiterkampf in eine neue Phase. Ulrich wird seine verräterische Arbeit fortsetzen. Heute übernimmt Severing, der kleine Metallarbeiter, das Polizeiministerium, und wenn die Unternehmer gestern kategorisch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches verlangten, so geschieht es ganz bestimmt in der Erwartung, daß auch Severing seinen Teil dazu beitragen wird, den Berliner Metallindustriellen zum Siege zu verhelfen. Severing war es bekanntlich auch, der im Jahre 1928 den großen Metallarbeiterkampf im Rheinland erbrockelte. Um so mehr ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, jetzt sofort die höchste Aktivität in der Unterstützung des Kampfes zu entfalten.

Metallarbeiter von Schlesien und Oberschlesien

Was habt ihr bisher für diesen heldenhaften Kampf eurer Massengenossen in Berlin getan? Diese Frage müßt ihr euch stellen, und die Antwort, die ihr darauf zu geben habt, kann nur darin bestehen, daß ihr bisher noch nicht genügend erkannt habt, daß der Kampf in Berlin gleichzeitig der Kampf für euch selber ist. Die Situation für den Sieg des Kampfes ist außerordentlich günstig, das geht sehr deutlich aus einem Anglisten hervor, der sich in der Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“ von gestern befindet. Darin heißt es u. a.:

„Bei optimistischer Beurteilung wird die tariftreue Anhängerchaft des Metallarbeiterverbandes auf höchstens 60 000 Arbeiter

und Arbeiterinnen geschätzt. Die weitaus größere Zahl dürfte bei einem für die Streikenden unbesriedigenden Ausgang die Gefolgschaft verweigern... Das korrekte Verhalten der Gewerkschaften (die Zustimmung zu einem Lohnraub von etwa 5 Prozent! D. Red.) würde in der augenblicklichen politischen Situation zu Massenausritten führen. Die Opposition kann dann mit dem Vorwurf des „Arbeiterverrats“ nicht nur das Riesenhier der Unorganisierten in Bewegung setzen, sie könnte auch auf einen starken Zulauf aus den Reihen der heute noch Organisierten rechnen.“

Aus Vorstehendem geht sehr deutlich hervor, daß die Unternehmer mit einem Siege der Arbeiter rechnen. Weiterhin geht daraus hervor, daß selbst das Unternehmertum die wachsende Kraft der RGO. an-

erkennen muß. Diese Tatsache muß uns ein besonderer Ansporn dafür sein, alles zu tun, was möglich ist, um den Sieg der Berliner Metallarbeiter sicherzustellen. Deshalb ist das Gedot der Stunde für alle Arbeiter, insbesondere aber für die Metallarbeiter in Schlesien und Oberschlesien:

Hinein in die Betriebe! Zwingt die Belegschaftsversammlungen, zu dem Kampfe Stellung zu nehmen. Der Gewerkschaftsbürokratie darf es unter keinen Umständen gelingen, den gestrigen gescheiterten Verrat doch noch zu vollenden. Heute und morgen sind Lohntage. Verzeihenschaft eure Kraft bei den Sammlungen, beweist durch praktische Solidarität, daß ihr begriffen habt, daß der Kampf in Berlin euer eigener Kampf ist.

Die RGO. führt den Harzer Streit

Der in diesen Tagen ausgebrochene Streik der 800 Metallarbeiter in Blankenburg hat im Laufe des gestrigen Tages eine wesentliche Verschärfung dadurch erfahren, daß das faschistische Innenministerium des Reichsministers Franzosen eine Hundertschaft Schutzpolizei aus Braunschweig nach Blankenburg gegen die streikenden Arbeiter der Harzer Werke gesandt hat. In holder Eintracht mit der Nazi-Polizei versuchen die Gewerkschaftsbürokratie, der reformistische Betriebsrat und die SPD-Führung alles, um den Streik schnellstens abzumürgen. Die Proleten haben darauf mit einem noch festeren Zusammenschluß unter der Führung der RGO. geantwortet. Aus der Belegschaft heraus wurde eine revolutionäre Streikleitung gewählt, die zusammen mit den Erwerbslosen des gesamten Harzgebietes nach den Weisungen der RGO. den Kampf führt. Die Gründung einer Betriebswehr zur Sicherung der Front wird durchgeführt. Massenstreikposten regeln den Betrieb ab.

Diese musterhafte Kampfeinstellung der 800 Metallarbeiter in Blankenburg muß ein Signal sein, mit ihnen und den 140 000 Berliner Metallarbeitern in einer Front die Diktatur der Lohnräuber zu beseitigen.

Rote Fahnen über Wsdorf

Massenempörung gegen die Mörder der Kumpels

Die Trauer der Hinterbliebenen der gemordeten Kumpels in Wsdorf ist in eine Massenempörung gegen die Grundbesitzer und alle die hinter diesen Grundbesitzern stehen emporgewachsen. Gestern nachmittag fand in Wsdorf, auf dem Hauptmarkt, eine

Massenkundgebung statt, wie sie Wsdorf noch nie erlebt hat. Unser Genosse, der Landtagsabgeordnete Sobotta, hielt eine flammende Anklagerede gegen die Grundbesitzer und ebenso auch gegen die Regierung, die an diesem Massenmord schuldig ist. Er brachte in seiner Rede den Beweis, daß die Regierung an diesem Massenmord die Schuld trägt, da die kommunistische Fraktion im Landtag früh genug auf die Gefahren aufmerksam gemacht hat, die in dem dortigen Rohlengebiet für die Arbeiterschaft bestehen. Die Forderung des Genossen Sobotta, daß alle Schuldigen ins Zuchthaus gehen, wurde mit lauten Zustimmung bejaht, ebenso wurde begehrt die Aufforderung zu einem Proteststreik aufgenommen. Nach der Demonstration begab sich ein riesengroßer Zug mit roten Fahnen nach dem Verwaltungsgebäude der Annagrube. Dort kam es zu erschütternden Szenen. Die Empörung machte sich in Verwünschungen und Drohungen Luft. Die Polizei sperrte die Straßen ab und versuchte die Massen zurückzudrängen, was ihr aber nicht gelang. Bis in die späten Abendstunden hinein wiederholten sich die Demonstrationen, die ausnahmslos unter kommunistischer Führung standen. Die Empörung ist noch andauernd im Steigen begriffen, um so mehr, als die wirkliche Zahl der Gemordeten noch immer nicht heraus ist. Die Schuldigen sind bemüht, die Zahl zu verheimlichen. Jetzt steht aber bereits, daß die angegebene Zahl von 260 noch bei weitem nicht der Wahrheit entspricht. Man rechnet im allgemeinen damit, daß mindestens 400 Tote zu verzeichnen sein werden.

Zu der ungeheuren Empörung trägt auch die Tatsache bei, daß im letzten Jahre auf der Grube Anna 14 Prozent Dividende ausgeschüttet worden sind.

Näheres über die Katastrophe im inneren Teil des Blattes.

Schustiger Verrat von Reformisten und Renegaten

Der DMB. in Schweidnitz unter Führung von Girsch duldet Streikbruch

Aus Schweidnitz erhalten wir folgende Meldung: Die Arbeiter in Berlin, deren Belegschaft sich selbstverständlich ebenfalls an dem heldenhaften Kampf der Metallarbeiter beteiligen, haben auch in Schweidnitz ein Werk. Da der Metallarbeiterkampf schon seit Monaten vorausgesehen wurde, hat die Firma vorsorglich schon vor längerer Zeit in Schweidnitzer Werk Vorkehrungen getroffen, um bei Ausbruch des Kampfes die Arbeiten aus dem Berliner Werk hierherziehen zu lassen.

Täglich kommen jetzt auch noch Autos aus Berlin, die Material in das fleißige Werk einliefern. Obwohl nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß es sich hierbei um ausgesprochene Streikbrucharbeit handelt, hat bisher der DMB. noch nicht das geringste unternommen, um den schamlosen Verrat an den Berliner Metallarbeitern zu verhindern. An der Spitze der Verwaltung steht der herrschende Renegat Girsch. Als auf den Protest einer Anzahl Proleten sich der Verräter gezwungen sah, eine Abteilungsversammlung auf dem Kron-Werken einzuberufen, brachte es dieser Verräter, den Kollegen vorzuschwindeln, daß die Arbeit, die hier gemacht wird, keine Streikbrucharbeit sei. Selbst anwesende ehrliche Metallarbeiter

waren über diese Strupellosigkeit des Girsch empört und brachten zum Ausdruck, daß es selbstverständlich sei, den Berliner Metallarbeitern nicht in den Rücken zu fallen. In die Enge getrieben, versuchte Girsch, sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er den Kollegen empfahl, die Entscheidung darüber, ob hier auf den Werken tatsächlich Streikbrucharbeit geleistet wird, dem Bezirksvorstand in Breslau zu überlassen.

Bei der allgemeinen Einstellung der Bonzokratie gegenüber dem Metallarbeiterkampf in Berlin weiß der Renegat Girsch sehr gut, daß sich die Bonzen in Breslau auf seine Seite stellen werden. Es ergibt sich also die ungeheuerliche Tatsache, daß ein ehemaliger Kommunist es fertigbringt, den heldenhaften Kämpfern in Berlin in den Rücken zu fallen. Damit hat dieser Verräter gezeigt, wie notwendig es war, ihn aus unseren Reihen zu stoßen.

Arbeiter von Schweidnitz, und ganz besonders ihr Arbeiter auf der dortigen Kron-Werken! Ihr müßt sofort dazu übergehen, die Einstellung der Streikbrucharbeit zu erzwingen und den Verräter Girsch und seine Konfuzen zum Teufel jagen.

Proteststreik auf allen Zechen

gegen den Massenmord an den Bergarbeitern

Nachen, 23. Oktober. Die Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im Wurmbergbau haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Bergarbeiter des Wurmbergwerks am Tage der Beerdigung der gemordeten Kameraden, am Sonnabend, dem 25. Oktober, zu einem 24stündigen Proteststreik auffordern. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Wochen- und monatelang haben wir die großen Gefahren gesehen! Jeden Tag sahen wir die Katastrophe kommen. Von der Zechenverwaltung und der Bergbehörde haben wir immer und immer wieder verlangt, die Schlagwettergefahr zu beseitigen. Niemand wollte unsere Stimme hören. Die beschwerdeführenden Kameraden wurden gemahrt und auf die Straße geworfen. Angefichts unserer toten Kameraden haben wir für Sonnabend, dem 25. Oktober, einen einseitigen Proteststreik gegen die kapitalistische Ausbeutung und Bergarbeitermord beschlossen. Für den Schutz unseres Lebens und unserer Gesundheit, für die Erhöhung der Löhne, die Streikfundschaft mit Lohnausgleich demonstrieren wir am Sonnabend, dem 25. Oktober, durch den Streik.

Kameraden in allen deutschen Bergrevieren, schließt euch unseren Forderungen an; protestiert mit uns durch Arbeitsniederlegung!

Die RGO im Ruhrgebiet hat bereits die Bergarbeiter zu einem halbtägigen Proteststreik aufgefordert.



Die Reichsleitung der Industrieergreifer Bergbau der RGO richtet an alle Bergarbeiter den Appell, am Sonnabend, dem Tage der Beerdigung der Toten von Grube Anna I, in allen Bergrevieren in einen halbtägigen Proteststreik zu treten.

Rundgebungen und Demonstrationen für die Forderungen der Bergarbeiter durchzuführen.

Die schwere Anklage des Genossen Sobotta

Es läßt sich nicht länger verschweigen, daß das „Unglück“ auf Schachtanlage Anna in Alsdorf, wie dieser Mord an den Bergarbeitern bezeichnet wird, ausschließlich auf das Verschulden der Direktion zurückzuführen ist. Im gestrigen Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ meldet der Berichterstatter aus Alsdorf wörtlich:

„In diesem Zusammenhang gewinnen die Ausführungen des kommunistischen Abgeordneten Sobotta besondere Bedeutung, der vor Pressevertretern erklärte (was er bereits im Landtag ausführte, D. Reb.), daß die kommunistische Landtagsfraktion in einer Denkschrift vom 24. September (!) darauf hingewiesen habe, daß in dem Unglücksfall an der Pumpenanlage Schlagwettergefahr vorhanden sei. Die ursprüngliche Beschwerde sei von dem Betriebsrat der Unglücksgrube an das Bergrevier nach Nachen gegangen. Es sei aber nichts erfolgt. Diese Anklagen sind so schwer, daß sie unbedingt einer reiflichen Nachprüfung bedürfen. Das gestrige amtliche Communiqué der Gruben-sicherungs-kommission ist sehr dürftig gehalten und kann den Verdacht nicht zerstreuen, daß von Seiten der Direktion oder der Betriebsführung in irgendeiner Weise schuldhaft gehandelt worden ist.

Trotzdem bemüht sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse weiter, die Ursache als ein „Rätsel“ darzustellen.

„Unser Platz ist in den Reihen der Jugend Karl Liebknechts“

Dresdner Gruppe der Jungsozialisten aufgelöst

SPD.-Führer fürchten das Bekenntnis der Jungarbeiter zu Karl Liebknecht

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Bericht.) Die SPD.-Führer haben die Dresdener Gruppe der Jungsozialisten aufgelöst. Die Ursache dieser Maßnahme ist die wachsende Opposition jungsozialistischer Arbeiter gegen die Verräterpolitik der SPD.-Führung. Durch das Zerbrechen der Gruppe wollen die SPD.-Führer verhindern, daß die Opposition in der SPD. und der SAJ. weiter um sich greift.

Zwischen den Dresdener Jungsozialisten und den SPD.-Führern war schon seit längerer Zeit ein scharfer Streit, u. a. über die Frage der Stellung zu Karl Liebknecht. Der Schwererdiener Heilmann war so infam gewesen, Karl Liebknecht mit Adolf Hitler zu vergleichen. Die Dresdener Jungsozialisten opponierten gegen diese Gemeinheit. Darauf veröffentlichte Heilmann in den „Jungsozialistischen Blättern“ im Oktoberheft folgende „Feststellung“:

„Zur Sache Ihnen persönlich aus die eine Bemerkung: Liebknechts Anhänger haben auf seinen Befehl 1918/19 auf Sozialdemokraten geschossen. Sie halten es für taktlos und politisch verfehlt, gegen diesen Liebknecht, den Organisator des Arbeitermordes, Stellung zu nehmen, und Sie halten es sogar für taktlos und politisch verfehlt, wenn Genossen, auf die in Liebknechts Auftrag geschossen wurde, sich gegen das Unerhörte wehren, daß eigene Parteigenossen diesen schlimmsten Zersplitterer des Proletariats feiern. Ich kann Ihnen leider nicht helfen.“

In der „Arbeiterstimme“ Dresden beantwortete ein Jungsozialist diese Infamie Heilmanns, die zu widerlegen jedes Wort zu schade ist, und die Auflösung der Dresdener Jungsozialistengruppe mit der Aufforderung: „Können wir noch in der Partei sein, die unseren besten Führer beschimpft? Nein! Unser Platz ist in den Reihen der Jugend Karl Liebknechts, unser Platz ist im kommunistischen Jugendverband!“

Die Freiwilligen der Brüning-Diktatur

Die „linken“ SPD.-Führer belügen ihre Mitglieder

Am 18. Oktober verriet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alles, was sie im Wahlkampf ihren Wählern versprochen hatte. Sie stellte sich bedingungslos der halbfaschistischen Brüning-Regierung, wie selbst der „Vorwärts“ sie nennen muß, als freiwillige Abstützungsgarde zur Verfügung. Sie stimmte nicht nur allen Ausplünderungsgesetzen Brünings zu, sondern gab dieser Vorstufe des Faschismus die Zustimmung zur Vollendung des Aufbaus der offenen faschistischen Diktatur.

Besonders infam ist die Rolle, die die „linken“ Sozialdemokraten, darunter auch die Berliner, in dieser Abstützung spielten. Sie versuchten noch immer, ihre Mitglieder zu belügen und den Eindruck zu erwecken, als seien sie gegen die Haltung der Reichstagsfraktion. Dort, wo es den Demagogen gelungen ist, eine Mehrheit unter einem ausgefiederten Kreis von Funktionären für die Brüning-Politik des Parteivorstandes zu erzielen, wird den Arbeitern offen erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sämtlich ohne Fraktionszwang für die Brüning-Diktatur stimmten.

So sagte nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ in der Generalversammlung der SPD. Groß-Leipzig der Abgeordnete Lipiański:

„Die Fraktion hat einheitlich und geschlossen gestimmt, trotzdem kein Fraktionszwang ausgeprochen worden war.“

Zu „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau wird dagegen zu einer ähnlichen Mitteilung des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ erklärt:

„Wenn damit gesagt sein soll, daß die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Entscheidung der Fraktionsmehrheit billigt, so ist das eine falsche Darstellung... Die Linke hält den Weg, den die Mehrheit eingeschlagen hat, für falsch. Sie hat sich der Fraktionsdisziplin gefügt.“

Zu dem Bericht am 18. Oktober kommt also ein systematisches Belügen der sozialdemokratischen Arbeiter durch die rechten wie die „linken“ Führer.

Aber wenn diese Strohhalmehalter der faschistischen Diktatur glauben, mit solchen Betrugsmethoden den Sturm der sozial-

demokratischen Arbeiter gegen ihre Politik, die Umkehr der Arbeiter von der SPD. auszuhalten, so haben sie sich getäuscht. Der 18. Oktober war ein Tag, der die Zerschmetterung der sozialdemokratischen Partei, den Uebergang der sozialdemokratischen Arbeiter in die proletarische Klassenkampffront zur kommunistischen Partei einleitet. Daran ist nichts zu ändern!

SPD.-Husemann billigt den Kumpelmord

Im Reichstag erklärte der sozialdemokratische Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Husemann, am 11. Juli in der Debatte über das Neuroder Grubenunglück, bei dem 151 Kumpel gemordet wurden, auf Zwischenrufe der Kommunisten: „Wer ist schuld?“, wörtlich:

„Meine Herren, wir brauchen Kohle, die Kohle muß daher aus der Erde herausgeholt werden. Dabei wird es immer Tote geben!“

Dieser zynische Bursche hat so den Mord an den Kumpeln gebilligt. Mit keinem Wort sprach er gegen die verbrecherischen Grubenherren und die Bergbehörden. Er und seine Partei haben auch

den Mord der 260 Aachener Kumpel mitverschuldet

Er und seine Gewerkschaft, die den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen immer wieder sabotiert. Geht den Verbrechern die Antwort!

Kämpft mit der RGO für die Forderungen der Bergarbeiter!

Preistreiber in Aktion

Nationalsozialisten, Landbündler, Volkspartei

Berlin, 24. Oktober. (Eig. Bericht.)

Gestern hatten Vertreter der Bauernpartei zusammen mit dem Zollwuchermünster Schiele eine geheime Aussprache mit Hindenburg über die Durchführung neuer Zollwuchermahnahmen. Aus den wenigen über diese Besprechung an die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen geht hervor, daß die Forderung der Bauernpartei nach sofortiger Einberufung des Reichstages abgelehnt wurde. Dieselbe Stellung nahm Reichskanzler Brüning in einer Unterredung mit den Landbündlervertretern ein. Dagegen wird gesagt, daß die Forderung der Großagrarien nach „anherparlamentarischen“ Maßnahmen zur Behebung der dringenden Notstände auf den Reichspräsidenten ihren Eindruck nicht verfehlt hätten. Die sicherlich gut informierte deutschnationale Presse schreibt dazu: „Offenbar ist der Reichspräsident erlucht worden, eine Notverordnung herauszugeben.“ Es ist also damit zu rechnen, daß die Brüning-Regierung und Hindenburg, gestützt auf das Vertrauensvotum der SPD., in kürzester Zeit diktatorisch neue Zollwuchermahnahmen gegen die hungernden Massen durchführt.

Diese Anschläge werden von den Nationalsozialisten, die sich auch hier wieder als Feinde der hungernden Massen zeigen, durch einen Reichstagsantrag unterstützt, in dem Erhöhung des Zolls für Gartenbauernzeugnisse, d. h. für Gemüse und Einfuhr eines Südschmalzmonopols, verlangt wird.

Zugleich hat die Deutsche Volkspartei im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage gegen die „Kartoffelpreiskatastrophe“ eingebracht. Die Anfrage zielt auf eine Steigerung des Brennens der Kartoffeln zu Spiritus hin. Dieser Vorstoß ist um so verbrecherischer, als heute schon Millionen Staatsgelder für Spiritus verausgabt werden, der keinen Abzug findet, als jowieso schon in diesem Jahre mehr Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet werden sollen als in den Jahren vorher. Die Großagrarien verdienen dabei dreifach. Einmal werden ihnen die Kartoffeln, die sie verkaufen lassen, zu hohem Preise für die Spiritusfabrikation abgekauft, zum andern werden gleichzeitig die Preise für Speisefertigwaren künstlich in die Höhe getrieben. Und drittens werden die Preise für Vieh und Fleisch mit der Begründung, daß die Futterkartoffeln teurer sind, hochgeschraubt.

Eine Rundfunkige Löbes

Notwendige Entgegnung

Die Reichstagsfraktion sendet uns die nachstehenden Ausführungen, die zwei sozialdemokratische Lügen erliegen.

Der neugewählte sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe hat am Tage seiner Wahl im Rundfunk einen Vortrag gehalten, in dem er auch die Höhe seines Gehalts zu rechtfertigen versuchte. Er hat in diesem Vortrag betont, daß alle (!) Parteien für die Erhöhung seines Gehalts gestimmt hätten. Das ist eine Lüge. Die Kommunisten haben gegen die Erhöhung des Gehalts gestimmt und haben außerdem am 31. Mai 1930 einen Antrag eingebracht (Drucksache Nr. 837), in dem es heißt: „Im Titel 34 des Reichshaushaltsplans ist der Vermert Der Präsident des Reichstages erhält aus den Mitteln Aufwands-gelder, die jeweils das Vielfache (!) der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Reichstages betragen, außerdem hat der Präsident des Reichstages freie Amtswohnung mit Geräteausrüstung, zu streichen.“ Dieser Antrag wurde im selben Rundfunk am 4. Juli 1930 bei der Beratung im Plenum wiederum eingebracht. Immer stimmte die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gegen diesen Antrag. Diese Tatsache ist auch Löbe bekannt. Seine Rundfunkrede ist also eine der üblichen Fälschungen.

Noch eine Fälschung

In der sozialdemokratischen Presse geht man damit hantieren, daß die kommunistische Reichstagsfraktion die Aufhebung der Notverordnungen nur so weit verlangt habe, wie sie den Reichsetat nicht gefährden. Das ist eine grobe Fälschung. Im Antrag der Kommunisten ist ausdrücklich die sofortige Aufhebung aller Notverordnungen verlangt. Daß dabei der Reichsetat nicht besonders aufgeführt wurde, ist selbstverständlich, denn mit der Aufhebung der Notverordnungen über die Steuervorlage, den Abbau der Kranken- und Erwerbslosenversicherung, ist ja der ganze Reichshaushalt hinfällig. Es ist schlimm um die sozialdemokratischen Führer bestellt, wenn sie ihren Wählern mit solchen Lügen kommen müssen.

Kommunisten erzwingen Aufhebung der Pflichtarbeit

Freiberg i. Sachsen, 23. Oktober. Die kommunistischen Stadtverordneten stellten hier den Antrag, die Pflichtarbeit für die Wohlfahrts-erwerbslosen abzuschaffen und die Arbeit derselben in Zukunft nach dem Tarif zu bezahlen. Unter dem Druck der mobilisierten Arbeiterschaft mußte das Stadtverordnetenkollegium in Freiberg im Sinne des Antrages der Kommunisten beschließen. Außer den Kommunisten stimmten die SPD. und die Nazis zu.

Abrechnung mit den Sozialfaschisten!

Prag, 23. Oktober.

Nach den stürmischen Vorgängen der letzten Woche (Massen- bereits unter Führung der roten Gewerkschaften) beriefen die sozialdemokratischen für gestern eine Versammlung der Arbeiter des Staatlichen Eisenwerkes in Vobregova ein. Die Arbeiterschaft erschien unter der Führung kommunistischer Abgeordneter in der Stärke von 1500 Mann und erzwang die Aufhebung der Versammlung unter freiem Himmel. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Sekretärs gingen in einem Sturm der Entrüstung unter. Der Polizeikommissar löste die Versammlung auf, doch verließen auf Aufforderung der Sozialfaschisten kaum hundert Arbeiter den Platz, während die kommunistischen Abgeordneten Svoboda und Major trotz der Sprengungsversuche der Gendarmen, die mit Gummihäufeln und Gewehrkolben angriffen, zu den Arbeitern sprachen.

In Port Arthur in Ontario (Kanada) haben die Arbeitslosen einen verhafteten Kommunisten gewalttätig befreit und das später angreifende gesamte Polizeiaufgebot zurückgeschlagen. Der Polizeichef hat Mitleid angefordert.

Wahlrechtsraub in Ägypten

Massenprotestkundgebungen

Kairo, 23. Oktober. König Fuad hat durch ein Dekret ein neues Verfassungsgesetz über das Wahlrecht in Kraft gesetzt. Das Parlament, das schon lange „beurlaubt“ war, ist jetzt offiziell aufgelöst worden.

Der Wahlrechtsraub für breite Schichten der bisher Wahlberechtigten löst auf heftigsten Widerstand. Folgebataillone, Infanterie- und Kavallerieabteilungen durchziehen die Straßen Kairos, um Demonstrationen zu unterdrücken.

Die neuen Bestimmungen über das Wahlrecht lauten: Nur die über 25 Jahre alten Personen haben das Recht, ihre Stimme abzugeben. Die Zahl der Abgeordneten wird von 225 auf 150 herabgesetzt. Ein Kandidat muß zwei Jahre vor den Wahlen in die Wählerliste eingetragen gewesen sein; er darf einen Beruf nur in Kairo ausüben; Richter oder Mitglieder der Staatsanwaltschaft darf ein Kandidat nicht sein. Die Wahlmänner müssen Leute sein, die mindestens ein Pfund jährlich Steuern zahlen (!) oder eine Jahresmiete von wenigstens 12 Pfund Sterling oder aber Leute, die eine entsprechende Bildung besitzen.

Massenkundgebung in Newyork

Newyork, 24. Oktober. 27 000 Arbeiter marschierten, dem Ruf der Partei zu einer Wahlkundgebung folgend, auf dem Madison Square in Newyork auf, wo sie von den Genossen Foster und Unter begrüßt wurden. Mit dieser Kundgebung beginnt eine verstärkte Kampagne für die Arbeitslosen. Genosse Neffin, der Sekretär des Newyorker Erwerbslosenrates, wurde enthusiastisch begrüßt. Die Genossen Engdahl, Foster und Unter erklärten die bestmöglichen Versprechungen, die die Arbeitslosenkommission Hoover machte und brandmarkten den Verrat der AGOSL und der Sozialistischen Partei.

Die Teilnehmer an der Kundgebung nahmen eine Resolution an, in der sie sich mit den kämpfenden Berliner Metallarbeitern solidarisch erklärten.

★

Am 21. Oktober sind die Führer der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, die Genossen Foster und Unter, aus dem Gefängnis, in dem sie fast volle sieben Monate zugebracht haben, entlassen worden. Genosse Minor mußte schon am 10. Oktober entlassen werden, da er eine Blinddarmentoperation zu überstehen hatte, während der Genosse Raymond noch vier weitere Monate im Gefängnis verbleiben muß.

Die Aufständischen erfolgreich?

Newyork, 23. Oktober. Havas meldet aus Brasilien, daß die Aufständischen des Staates Minas Geraes bereits in den Staat Rio de Janeiro einmarschiert seien. Der Aufruf der brasilianischen Regierung an die Reservisten soll nur geringen Erfolg gehabt haben. In Rio hätten sich von 80 000 Reservisten nur 4000 gemeldet.

Nach einer Radiomeldung aus Porto Alegre veröffentlicht das Hauptquartier der Aufständischen eine Mitteilung, daß die Truppen ihren Vormarsch auf Sao Paulo fortsetzten und bereits in der Nähe von Fajina angelangt seien.

USA. baut neue Bombenflugzeuge

W.P. Washington, 23. Oktober. Das amerikanische Marineministerium hat für sein Ressort eine Summe von 32 Millionen Dollar für die Entwicklung des Marineflugwesens im Steuerjahr 1932 angefordert. 1 1/2 Millionen davon werden zum Bau des neuen Luftschiffes „J. R. G. 5“ verwendet werden.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

22. Fortsetzung.

Zupp Zermad stand da und glühte wie ein Junge. „Mensch, wenn das wahr ist!“ Dabei zwieselte er selbst nicht mehr. Er mußte etwas sagen. Er erklärte vor Freude.

„Ach, was du nicht sagst!“ ergriff Frau Zermad statt Raup das Wort. „Warum soll es denn nicht wahr sein? Es kann unmöglich so weiter gehen!“ Der Kleine begann zu schreien. Sie schlug mit zwei Topfdeckeln einen lärmenden Marsch. Lachte, mit frohem, breitem Gesicht und redete weiter. „Run gibts bestimmt wat! Dreische gibt es für die Grünen! Und die Blauen habens nicht minder verdient! Alles ein Kraut, nach oben hüken, nach unten trampeln! Run schafft ihr mal Ordnung, verflucht nochmal, bis die Heide wackelt!“

Zermad überlegte schnell. „Geh, nun, Frig, sag es den anderen Kumpels, damit sie ihre Broden zusammenhalten!“

„Nu laß ihn doch erst zu Verstand kommen!“ schimpfte die Frau.

Raup hörte nicht mehr hin, sondern rannte hinaus. In der ersten Etage warf er beinahe die robuste Kaumannsche um, die mit der „Volkzeitung“ kam.

„Hoppla — Biste verrückt, du dumme Kääl!“ schimpfte die. Sie spuckte den Schreden dreimal aus und maulte: „Wat sind dat vor Rennpärde!“

„Sie griepen an!“ rief die Zermadsche von oben herunter. „Dat merz id!“ brummte die Kaumann. Sie warf die Zeh-

Charkower Pioniere mahnen die Berliner Arbeiterkinder!

Laßt eure Väter keine Streikbrecher werden!

Das Weltproletariat unterstützt aktiv den Metallarbeiterstreik

Bei der Zentralen Streikleitung der Berliner Metallarbeiter ging ein Telegramm an die Kinder der Streikenden ein. Die Begrüßungsadresse, die von einer Gruppe sowjetrussischer Pioniere abgefaßt ist, die den Ges. Werken in Charkow (Elektromechanische Werke, frühere W.G. Charkow) angeschlossen sind, hat folgenden Wortlaut:

„In den Tagen des großen Streiks eurer Väter entbieten wir euch unseren flammenden Pioniergruß. Die Pioniere der Charkower Ges. Werke fordern euch energisch auf, am Streik eurer Väter teilzunehmen. Laßt sie während des Streiks nicht zur Arbeit gehen! Auf unsere Initiative hin organisierten unsere Eltern eine Stoßbrigade namens „Revolutionärer Metallarbeiter Berlin“.“

Grüß allen Arbeiterkorrespondenten

Die Arbeiterkorrespondenten des Charkower Elektromechanischen Werkes „Stalin“ und der Seifabrik „Petrowski“ entbieten den Arbeiterkorrespondenten der Betriebsleitungen der Berliner Metallbetriebe flammenden proletarischen Kampfgruß! Wir sind überzeugt, daß Ihr in den ersten Reihen der kämpfenden Metallarbeiterarmee steht. Ihr müßt nicht nur Agitatoren, sondern auch Organisatoren des Streiks sein. Ihr müßt die Manöver der Reformisten entlarven. Ihr müßt gegen Streikbruch ankämpfen.

Wir verpflichten uns, den Streik zu unterstützen, indem wir unsere Kräfte zur Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren gewaltiger entfalten.

Es leben die Arbeiterkorrespondenten der ganzen Welt!
Es lebe die „Pravda“! Es lebe die „Rote Fahne“!
Es lebe das bolschewistische ZK. der KPdU!

Die tschechischen Arbeiter in der Solidaritätsfront

Prag, 23. Oktober. Gestern abend fand auf der Sofieninsel eine große, von den Roten Gewerkschaften einberufene Versammlung der Prager Arbeiterfront statt, die zum Berliner Metallarbeiterstreik Stellung nahm. Der Bericht eines Delegierten der Berliner Metallarbeiter wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die tschechoslowakischen Arbeiter aufgefordert werden, Solidaritätskundgebungen zu veranstalten, Sammlungen durchzuführen und jegliche Streikbrecherarbeit abzulehnen; die tschechoslowa-

Klätliches Fiasco

Trotz faschistischer Protektion Gründungskonferenz der Amsterdamer Gewerkschaften in Finnland gescheitert

Stockholm, 23. Oktober. Am vergangenen Sonntag wurde auf einer kleinen Konferenz in Helsingfors der neue sozialfaschistische Gewerkschaftsbund gegründet. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie von Schweden, Norwegen und Dänemark sowie auch die Amsterdamer Internationale waren auf der Konferenz vertreten. Die Konferenz beschloß, die neue Splittterorganisation an die Amsterdamer Internationale anzuschließen.

Die geringe Teilnahme an der Konferenz zeigt das klätliche Fiasco der sozialfaschistischen Gewerkschaftspropaganda und beweist, daß die klaffenbewußten sinnlichen Arbeiter in ihrer erdrückenden Mehrheit nichts von den Reformisten oder ihrer gelben Internationale wissen wollen. Nur acht Verbände waren auf der Konferenz vertreten, und auch diese sind nur unbedeutende Splitttergruppen, die die Renegaten und Sozialfaschisten mit aktiver Unterstützung der faschistischen Behörden von den 1200

kischen Metallarbeiter werden aufgefordert, den Kampf für ihre eigenen Forderungen vorzubereiten.

Im gleichen Sinne sprach sich auch eine Konferenz der Metallarbeiter des Gebietes Mährisch-Osteraus, die folgende Solidaritätsadresse an die Berliner Metallarbeiter annahm:

„Die Konferenz der Roten Betriebsausschüsse und der Metallbetriebe des Osterauer Kreises begrüßt die revolutionäre Avantgarde des deutschen Proletariats, die kämpfenden Metallarbeiter des roten Berlin. Nach dem Vorbild der Berliner Metallarbeiter werden wir den Kampf für die Forderungen der Osterauer Metallarbeiter vorbereiten.“

Weitere Solidaritätskundgebungen nahmen auch die Belegschaft der Firma Kopal und Jan in Prag, die Kreisleitung der KPdU in Gding und eine Bauernbelegschaftskonferenz in Munkacs (Karpaten-Ukraine) an.

12 Prozent des Gehalts für den Streik

Bei dem Zentralvorstand der Roten Hilfe lief heute aus Saratow folgendes Telegramm ein:

„Brüderliche bolschewistische Grüße den Berliner streikenden Metallarbeitern und den Führern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wir sind alle für die Festigung der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Nationen und werden die von der Arbeiterklasse der Sowjetunion errungenen Positionen nicht aufgeben. Wir führen 12 Prozent unseres Montasgehalt für die Unterstützung der Streikenden ab.“

Belegschaft der Eisenbahnbauverwaltung des Gebietes der unteren Wolga.“

verbotenen revolutionären Landesverbänden abgespalten haben. Das Fiasco der Amsterdamer wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß sie es selber nicht wagen, über den wirklichen Umfang ihrer Streikbrecherorganisation Bescheid zu geben, und daß in ihrem Bericht keinerlei Zahlen angegeben werden.

Bauernrevolte in Bessarabien

„Corriere della Sera“ meldet aus Bukarest: „Im südlichen Bessarabien, in der Nähe von Ragul, ist es zu einer Bauernrevolte gekommen.“

Die Bewegung begann damit, daß einem verhaßten Grundbesitzer Weideland zugeeignet wurde, wogegen die Bauern protestierten. „Kommunistische Elemente“ machten sich die Erregung der Bevölkerung zunutze, und die Revolte, die ursprünglich auf eine Gemeinde beschränkt war, dehnte sich bald auf sieben Orte aus. Die Bauern marschierten in zwei Kolonnen nach der Stadt Baimaciu (Zsmail? Die Red.), wo sie trotz des Widerstandes der Gendarmen eindringen konnten. Die Polizei schoß quer in die Luft und dann in die Masse der aufständischen Bauern, von denen über zehn schwer verletzt wurden.“

14.

Bramm war der Aufforderung seiner Partei und der Gewerkschaften gefolgt und nach dem Pütt gegangen. Er hatte die Kaffeepulle über der Schulter hängen. Um den kräftigen Hals, vorn geknotet, hing das blauweißgewürfelte Handtuch.

Paul Kentel, noch wütend wegen der mißglückten nächstlichen Aktion, hatte auch oben in der Kolonie Kumpels bemerkt, die mit den Arbeitsbündeln nach dem Pütt gingen. „Nee, dat gibts nicht!“ sagte er. — Er mußte sofort Bescheid und alarmierte ein halbes Duzend Freunde. „Los, zum Pütt, die Döfgen wollen ansahen!“ Dann nahm er einen Hadenstiel unter den Mantel und rannte zur Fische hin. Von weitem sah er, wie die ersten Trupps an der Wartensbude vorbeigingen. Er machte einen Wettlauf und kam außer Puste auf dem Jechenplatz an. „Se, ihr Blödmänner, wo wollt ihr denn hin?“ schrie er die Verbauten an. — „Seid ihr des Deuwels?“ Runter, sage ich, sonst schlägt's drin!“ — Er bremste so den ersten Schwung ab. Die Kumpels versuchten, ihm Harzumachen, daß der Streik abgeblasen sei.

„Mensch, was willst du denn? Die Usepeter sind doch damit einverstanden!“

„Nix da! Laß die Kohle haufen, deren schon die Burg schlottert!“

„Wir fördern keine Schippe raus! Noch nicht, Kumpels!“

Dann kamen ihm die befreundeten Kameraden zu Hilfe. Mit denen gelang es Kentel, die Jögenden zum Tor hinauszuwürgen, wo sich neue Gruppen häuften. Es waren zum Teil solche, die sich weniger um die politischen Vorgänge kümmerten. Die waren bei der Belegschaft als „Schrapper“ bekannt. Aber auch reformistische Gewerkschaftsfunktionäre waren erschienen. Die hatten den robusten Kentel getroffen.

„Was hat der Pollak? Kumpels, ruft ihn mal raus! Haut ihn eins auf die große Klappe!“

„Probler's mal!“ sagte Kentel und stellte sich, die breite Klaus um den Hadenstiel, dreißbeinig in das schmale Tor hin.

„Los, verlaß's mal!“

„Das Tor frei, du Idiot!“

„Halt die Fresse! Es wird weitergestreikt!“

Die Hintersten fingen an zu zuden. „Los, klopft ihr raus! So — ruck! So — ruck!“

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Der zweitgrößte Kumpelmord des deutschen Grubenkapitals darf nicht ungerächt bleiben

Ins Zuchthaus mit den Schuldigen!

Weit über 300 hingemordete Kumpels mahnen von ihrer Totenbahre: Befehligt das Ausbeutergesindel, damit wir die letzten Opfer der Profitgier sind! — Der „Kohlen-Kumpel“ ruft zum 24-stündigen Proteststreik auf!



Eschweller Bergwerksverein: 14 Prozent Dividende.



Die Retter bei der Arbeit.

Den aufopferungsbollen Rettungsbemühungen unserer Genossen von Alsdorf, den Arbeiter-samaritern, A.G.D.-Leuten, den roten Betriebsräten gelang es, im Morgengrauen des Donnerstag noch zwei weitere Tote zu bergen, und zwar fand man einen 16jährigen Jungarbeiter in der Nähe der Fahrradkammer und einen älteren Kumpel im Flöz 8 unter Gesteinsmassen. Damit hat sich nach der offiziellen Totenliste die Zahl der Hingemordeten auf 251 erhöht. Vermißt werden zur Zeit noch zwei Steiger sowie sechs Arbeiter, die unter den Trümmern des umgestürzten Förder-turms liegen müssen. Einwandfrei rekonstruiert wurden bisher 200 Tote. Die übrigen sind bis zur Unkennbarkeit verbrannt, zermalmt oder verstimmt. Da stündlich von den vielen in den Krankenhäusern der Umgegend liegenden Schwerverletzten einige sterben, rechnet man damit, daß die Gesamtzahl der Todesopfer weit über 300 hinausgehen wird. Inzwischen hat der offizielle Vertuschungsapparat bereits mit verdächtigem Eifer sein dunkles Bemühen des deutschen Grubenkapitals geschützt werden.

Rettungsmannschaften berichten

Alsdorf, 23. Oktober. (Eig. Bericht.) Wie die Rettungsmannschaften berichten, sind die Sprengstofflager auf der 360-Meter-, sowie 240-Meter-Sohle vollkommen erhalten. Wenn die Sprengstofflager der 460-Meter-Sohle in die Luft gesprengt sein sollten, so ist ausgeschlossen, daß sie allein eine solche Wirkung haben konnten. Zeichenbeamte und Rettungsmannschaften bestätigen diese Auffassung. Eine Reihe von ihnen ist der Meinung, daß in den Betrieb morgens eine große Menge von Sprengstoff angekommen ist, der noch nicht in die Gruben befördert sein sollte, sondern sich noch am Tage in unmittelbarer Nähe des Schachtes befand und dort zur Explosion gekommen ist. Dieser habe dann den Einsturz des Schachtes und des Verwaltungsgebäudes zur Folge gehabt. Demgegenüber besteht jedoch die Tatsache, daß die Grubenbaue zerstört und zertrümmert, daß wiederum eine Explosion, die von Tage gekommen wäre, unmöglich ist.

Die aus den entferntesten Betriebspunkten der 460-Meter-Sohle zu Tage gebrachten Toten sind zum größten Teil verbrannt, ein Zeichen, daß sie von einer Schlagwetterkatastrophe getötet worden sind. Die Explosion der Sprengstoffkammer der 460-Meter-Sohle konnte unter keinen Umständen Brandwirkungen bis ins entlegenste Revier verursacht haben. Von Rettungsmannschaften erzählt man auch, daß es in diesem Revier noch brennt. Die Zeichenverwaltung und auch die Bergwerksbehörden bestritten, daß ein Brand vorhanden war oder noch ist. Das hartnäckige Bestreiten steht aber in Widerspruch zu der Tatsache, daß gerade von den entferntesten Bauen die Toten verbrannt sind. Die gewaltigen Hohlräume, die infolge des Ausbaues beim Eschweller Bergwerksverein auf Schacht Anna-Wilhelm vorhanden waren, haben die Größe der Katastrophe bestimmt.

Das Ergebnis der ersten Zeugenverhöre

Das Ergebnis der ersten Verhöre der Getöteten und Überlebenden über die vermutlichen Ursachen der Katastrophe gab ein widerspruchsvolles Bild. Es gelang bis zum späten Abend weder ein einwandfreies Bild über die Entstehungsursache der Katastrophe zu bekommen, noch den eigentlichen Explosionsherd festzustellen. Sämtliche Bergbaufachverständigen bezeichnen die Begleitumstände dieser Katastrophe als „einzigartig“, die einen Vergleich mit früheren Explosionen unter keinen Umständen zulassen. Die Behauptung, es habe über Tage eine Sprengstoffexplosion stattgefunden, wurde für unwahrscheinlich erklärt, da seit dem letzten Donnerstag Sprengstoff überhaupt nicht mehr angeliefert worden sei. Da aber in der Nähe des Schachtes über 150 Liter Benzin zum Füllen der Benzinpumpen gelagert haben, will man diesen leicht explosiblen Stoff mit der Explosion in Verbindung bringen. Doch wenden sich insbesondere die Grubenarbeiter ganz entschieden gegen die Annahme, daß

das Benzin der Hauptherd des Explosionsunglücks gewesen sei. Bisher wurden zwei Möglichkeiten näher ins Auge gefaßt:

1. Uebe Tage

Danach seien die 150 Liter Benzin am Verwaltungsgebäude explodiert. Diese Menge Benzin habe an sich das große Haus in Trümmer legen und den Förderturm umlegen können. In diesem Falle könne man sich dann aber die verheerenden Wirkungen unter Tage nicht erklären. Die in den Schacht einströmende Luft hätte durch die Benzinexplosion nach oben gerissen werden müssen. Demnach kann es als ausgeschlossen gelten, daß die Explosion nach unten bis tief auf die Sohlen von 360 und 560 Meter Tiefe gewirkt habe.

2. Unter Tage

Nach dieser Annahme habe im Revier eine Schlagwetterexplosion stattgefunden. Der gewaltige Luftdruck von unten habe oben das Faß Benzin zertrümmert, und das auslaufende Benzin sei durch irgendwelche noch nicht geklärte Einwirkung explodiert und habe das Gebäude in Trümmer gelegt. Der Schacht sei dann durch den Stoß von unten künftler geworden, und nun sei durch die Benzinexplosion ein Rückschlag der Flammen nach unten erfolgt.

Der Raubbau ist Schuld

Die „Kölnische Zeitung“, das Organ des rheinischen Schwerkapitals, bringt die Ansicht eines Fachmannes, ohne sich natürlich mit dieser Anschauung zu identifizieren. Kein Wunder, plaudert doch dieser Fachmann unbedachterweise aus, was wir von allem Anfang an behauptet haben, nämlich, daß der rücksichtslose Raubbau mit dem Leben und der Gesundheit der Kohlenkumpels die wahre Ursache der Katastrophe ist. Dieser Fachmann schreibt:

Der Wettlauf um den Kohlenmarkt bringt es mit sich, daß bei dem Abbau der Flöze die vorgetriebene Strecke nicht immer mit der Sorgfalt gesichert wird, wie es eigentlich nötig wäre. Wenn z. B. ein Flöz von einem Meter Dike zwischen dem Gestein abgebaut ist, dann wird gewiß nach den Vorschriften dieser Hohlräume wegen der Einsturzgefahr abgestützt mit Grubenbölgern und in dem Hauptstollen sogar mit Eisenstützen. Aber an der Dede dieser vorgetriebenen Stollen und Abbaugebiete der Zeichen auf allen Sohlen bleiben Hohlräume, die nicht auszufüllen sind. Wenn man nun bedenkt, daß diese Hohlräume in den kilometerlangen, nach allen Seiten hin verzweigten Strecken einer Sohle schon eine gewaltige Raummasse ausmachen, die unausgefüllt bleibt und so die schlechten Wetter aufnehmen kann, so hat man in einer solchen Grube eine andauernde geheime Gefahr, die ihr Ausmaß nur bei einer Entzündung zu zeigen vermag. Es leuchtet auch dem Laien ein, daß die

gesunden Wetter, die durch den Einzugschacht durch die Reviere gepumpt werden und durch den Abzugschacht wieder ins Freie gelangen, die Gase aus den unzähligen Hohlräumen an der Dede nicht zum Abzug bringen. Solange die Tausende von Kubikmeter schlagender Wetter anstehend in diesen Hohlräumen schweben, ist die Gefahr unsichtbar. Es ist nun durchaus möglich, daß durch einen Funken oder durch eine Entzündung einer auf allen Sohlen tätigen Benzinkolomotive die mit Kohlenstaub vermischten schlagenden Wetter plötzlich zur Entladung kamen, die die furchtbaren Wirkungen zeigte. Die furchtbare Gewalt der Entzündung dieser ungeheuren Gasmengen, die das Gefüge des ganzen Bergwerks stundenweit zerriß, muß auch unterhalb des riesigen Kollblocs des Förderturms Hohlräume zum Einsturz und Nachgeben der Fundamente des Förderturms nach der der Schachtöffnung entgegengesetzten Seite hin gebracht haben. Die Wucht der aus dem Schachtmund herausschlagenden riesigen Stichtammen und die Gewalt des Luftdrucks der Entzündung haben dem Turmgerüst einen weiteren Stoß gegeben, daß es rückwärts zusammenbrach.“

Alsdorfer A.G.D.-Genossen rufen zum Kampf

Die erste Antwort auf die verdächtig eifrigen Bemühungen der offiziellen „Untersuchungskommission“ haben unsere Alsdorfer Genossen bereits am Mittwoch gegeben. Die Taktik der Direktion, an den ersten beiden Tagen die Größe der Katastrophe zu verschweigen, hat unter der Bevölkerung maßlose Empörung hervorgerufen. Es kam zu gewaltigen Kundgebungen unter Führung unserer Alsdorfer Genossen vor dem Direktionsgebäude der Grube Anna I, die am Donnerstag nachmittag mit noch größerem Nachdruck wiederholt wurden.

In diesen Kundgebungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Nachener „Arbeiterzeitung“ und der „Kohlenkumpel“, das Organ der A.G.D. des Ruhrreviers, immer wieder vergeblich die Abstellung der gezeigten Missetände gefordert haben. Mit allem Nachdruck verlangten die Versammelten die sofortige Verhaftung und rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen, insbesondere der scharfmacherischen Direktoren des Eschweller Bergwerksvereins und der Leitung der Katastrophengrube. Aber gleichzeitig waren sich die Versammelten bewußt, daß diese Forderung nur dann in vollem Umfange erfüllt würde, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft wie ein Mann sich hinter die Alsdorfer Genossen stellt.

Die Forderung: Ins Zuchthaus mit den Schuldigen von Alsdorf, muß durch einen 24stündigen Proteststreik der gesamten deutschen Bergarbeiter unterstützt werden. Aber darüber hinaus mahnen die hingemordeten Kumpels auf ihren Totenbahnen: Verstärkt den Kampf gegen das profitgierige Ausbeutergesindel, damit wir endlich die letzten Opfer sind!

203 bretonische Fischer ertrunken

Paris, 23. Oktober. Die 203 bretonischen Fischer, die seit dem großen Sturm am 19. September nicht zurückgekehrt sind, werden jetzt endgültig als verloren erklärt. Sie hinterlassen 127 Witwen und 193 Waisen in größter Not.

Personenzug stößt auf Arbeiterzug

Auf dem Bahnhof Büchen auf der Hamburg-Berliner Strecke stieß infolge dichten Nebels ein leerer Personenzug mit einem Arbeiterzug zusammen. Drei Beamte des Arbeiterzuges wurden dabei mehr oder weniger schwer verletzt.

Großfeuer in Rhein-Diebach

In der Ortschaft Rhein-Diebach brannten in der Nacht zum Donnerstag die Anwesen zweier Bauern nieder.

Breslau

Magistrat versucht zu beschwichtigen

Das städtische Presseamt teilt mit: Von gewissen Kreisen, denen daran gelegen zu sein scheint, den auf dem Gebiete der Mietverhältnisse sich anbahnenden Frieden aufs neue zu stören, werden Gerüchte verbreitet, wonach für den 1. Januar und 1. April 1931 neue Mietererhöhungen in den Wohnungen der Siedlungsgesellschaft Breslau AG. geplant sind. Diese Gerüchte sind völlig aus der Luft gegriffen. Es besteht keine Aussicht, die kürzlich erhöhten Mieten weiter zu steigern.

Die Verlautbarung des Magistrats ist die erste Antwort auf den Beschluß der kämpfenden Siedlungsmitglieder, am Sonntag eine Urabstimmung durchzuführen, und zwar mit dem Ziel, ab 1. November den absoluten Mieterstreik zu proklamieren. Von einem „sich anbahnenden Frieden“ kann also absolut nicht die Rede sein; es sei denn, daß die Siedlungsgesellschaft beschließen hätte, den Forderungen der Mieter Rechnung zu tragen — doch von einem derartigen Beschluß ist den Mietern nichts bekannt. Was die Mietererhöhung anbelangt, so ist die Behauptung des Magistrats, eine Erhöhung sei weder für den 1. Januar noch für den 1. April 1931 geplant, lediglich eine Beruhigungsspielle. Uns ist bekannt, daß infolge der Zinserhöhung für die Grundstückshypotheken eine Erhöhung der Altbauwohnungen mit Bestimmtheit zu erwarten ist, die selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf die Neubauwohnungen bleiben wird. Nichts anderes bedeutet auch der Passus im letzten Magistratsbeschlusse, der da lautet: „... Und diese Vertreter (der Mieter) auch bei etwaigen Mietensteigerungen... zu hören.“

Die Mieter haben keine Veranlassung, ihren Kampf einzustellen, da ihre Forderungen noch nicht erfüllt sind. Auf der Erfüllung der Forderungen müssen sie aus Gründen der einfachen Selbsterhaltung bestehen. Deshalb lautet die Losung: Alles zur Urabstimmung! Stimmt restlos für absoluten Mieterstreik ab 1. November.

Breslauer Studentin schreibt aus Rußland

Einem Briefe der Breslauer Studentin B., die jetzt in Moskau lebt, entnehmen wir folgende charakteristische Schilderung des Lebens der russischen Arbeiter:

„Es gibt in keinem Lande so viel Möglichkeiten zur Ausbildung wie hier. Ich bin von einer großen Furcht befallen, von hier einmal fortzumüssen, heraus aus diesem gesunden, starken Leben, aus einer ganz natürlichen Wirtschaftsordnung. Hier herrscht nicht diese sinnlose Hege nach dem Nichts, hier arbeitet man zielstrebend und stark, ohne die entsetzliche Angst vor der Arbeitslosigkeit; hier arbeitet man nicht nur, um am nächsten Tage essen zu können, sondern um sich auszubilden. Das beste Beispiel hierfür ist der große Zug zur Universität. Ich kenne z. B. eine Armenierin. Sie kam von ihrer Familie nach Moskau. Zuerst arbeitete sie in der Fabrik, dann ging sie in das Textilinstitut, in einem Jahre ist sie Ingenieur. Nach und nach hat sie ihre vier Brüder nach Moskau geholt. Es waren Analphabeten, die nach Moskau, ohne ein Wort russisch zu verstehen, kamen — und auch sie haben oder werden denselben Weg machen. Fabrik (des Abends Kurse usw.), dann Universität und schließlich hochqualifizierte Techniker. Das ist ein Fall für tausend andere gleiche. Die ungeheure Schöpferkraft der Arbeiterklasse, die Jahrhunderte gekümmert war, wird unter dem Sowjetstaat voll herausgeholt und entwickelt. Was diese Schöpferkraft, diese Initiative der Arbeiterklasse hervorbringen kann, zeigt der Fünfjahresplan...“

Die Flucht aus Young-Deutschland

Am Donnerstag, dem 23. Oktober, gegen 17,45 Uhr, wurde die 30jährige Ehefrau Hildegard K. in ihrer Wohnung, in der Saganer Straße, gasvergiftet bewußtlos aufgefunden. Sie verstarb auf dem Transport nach dem Allerheiligen-Hospital.

Am Mittwoch wurde im oberen Schleusengaben der Kanjerner Schleuse die Leiche einer männlichen Person gelandet. Es handelt sich um den seit dem 3. Oktober vermißt gemeldeten Rentner F. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

Achtung, Jungkommunisten!

Sonntag früh 7,30 Uhr im „Anglerheim“. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht. Heraus zur Landpropaganda!

Bei einem Straßenunfall befohlen. Gestern vormittag 11 Uhr erhielt ein Kassenbote einer hiesigen Firma den Auftrag, 800 Mark auf der hiesigen Reichsbank einzuzahlen. Auf dem Wege dorthin stieß er mit seinem Fahrrad am Stadttheater mit einem Kraftwagen zusammen, wobei der Kassenbote stürzte. Er wurde von einigen Männern aufgehoben und über die Straße geführt. Als er sich erholt hatte, stellte er fest, daß seine rechte Rocktasche bei dem Sturz angerissen und ihm ein brauner Segeltuchbeutel mit den 800 Mark gestohlen worden war.

Er will nicht mehr Gefangener sein. Am 22. Oktober, in der Zeit von 11 bis 12 Uhr, ist in Breslau der Strafgefängnis der Strafanstalt Plöschener, der Jodei Kurt Vehlke, früher in Berlin-Charlottenburg wohnhaft gewesen, der sich als Passantgefangener hier in Untersuchungshaft befand, auf dem Rücktransport vom Allerheiligen-Hospital nach dem hiesigen Untersuchungsgefängnis am Königsplatz entstrungen.

Taschen zu! Im Monat November veranstalten „Hauskollekt“ (lies Bettelsteien) die Breslauer Stadtmission, Holsteistraße 6/8, und der Orden der Barmherzigen Brüder in Breslau, Klosterstr. 57/59. Für die Arbeiter gibt es nur eine Parole: Taschen zu!

Alle Parteimitglieder, die Mitglieder des Internationalen Bundes sind, kommen zu einer wichtigen Besprechung am Sonnabend, dem 25. Oktober, 19 Uhr, in das Büro Oberstraße 23. Mitgliedsbücher des JB. und der Partei sind mitzubringen. **Bl. Schließen der SPD.**
Rote Hilfe Nord. Freitag 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Salomon, Rosenstraße.

Achtung, Kampfband Ost! Die für Montag, den 27. Oktober, angelegte Mitgliederversammlung findet nicht um 19,30 Uhr, sondern anschließend an die Demonstration statt.

„Sind Gemeindegeldsteuerer notwendig?“ Der Bund für alkoholfreie Kultur veranstaltet am Montag, dem 27. Oktober, 20 Uhr, in der „Weißen Schleiße“, Taschenstraße 20, einen Vortrag, in dem das genannte Thema erörtert wird.

Auch die Altmieter mobilisieren

Die Mieter des Stadtteils Zentrum wählen einen Kampfausschuss

Am Mittwoch fand im „Weißen Bogen“ eine Versammlung der Altmieter des Stadtteils Zentrum statt. Der Referent, Stadtverordneter Genosse J. J. J., sprach über die Fragen der Mieterbildung und des Wohnungsbauwesens, und wies insbesondere auf die reaktionären Pläne der Brüning-Regierung hin. Obwohl schon bisher von den über zwei Milliarden an Hauszinssteuern eintreffenden Geldern nur rund 800 000 zum Wohnungsbau verwendet wurden, soll diese Summe um weitere 400 000 verringert werden. Auch sollen nur Kleinstwohnungen gebaut werden, die die Breslauer wertwürdige Bevölkerung mit Recht als „Hundeblüten“ bezeichnet. Damit nicht genug, infolge der Zinserhöhung für Hypotheken sollen die Mieten in den Altbauhäusern im Januar eine Erhöhung von etwa 15 Prozent erfahren. Es gilt nun, gegen die fortlaufende Verschlechterung des Lebensstandards der Wertwürdigen die Abwehr zu organisieren.

An der Diskussion, die die Ausführungen des Referenten unterstützte und insbesondere die Organisation des Abwehrkampfes für unerlässlich hielt, beteiligten sich auch zwei selbständige Handwerker.

Einstimmig wurde beschlossen, einen vorbereitenden Mieterausschuss zu wählen. Nach erfolgter Wahl wurde dieser beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Wir fordern die Arbeiterschaft auf, auch in den anderen Stadtteilen Versammlungen abzuhalten und Mieterausschüsse zu wählen. Der nächste Schritt würde dann die Zusammenfassung der Ausschüsse und eine breite Mobilisierung aller Mieter sein. Gelingt es, rechtzeitig die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, so wird es möglich sein, gegen die angebrohte Mieten-

erhöhung den Abwehrkampf aufzunehmen. Mieter, rüftet euch. Laßt nicht zu, daß eure Lebenshaltung immer mehr verschlechtert wird.

Gegen Wohnungsnot und Mietwucher

Eine Kampfschrift für die deutschen Mieter ist von den Bezirksverbänden im Reichsbund deutscher Mieter, Leipzig und Chemnitz, herausgegeben worden. Der Verfasser ist der bisherige Vorsitzende im Wohnungsausschuss des Reichstages, Genosse Georg Schumann. Die kleine Schrift von 22 Seiten enthält wertvolles Material über den Umfang der Wohnungsnot und ihre Ursachen, über die Hauszinssteuer, den Wohnungsbau und den Mietwucher, die Steigerung der Miete für Alt- und Neubauwohnungen und den Abbau des Mieterhaushalts. Sie enthält auch die Stellung der einzelnen Parteien des Reichstages zu den wichtigsten Forderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Schrift ist besonders jetzt aktuell, wo die Brüning-Regierung durch ihr Sanierungsprogramm den Wohnungsbau völlig abbrechen und den Mieterhaushalt endgültig befeitigen will. Der Preis der Schrift beträgt 20 Pfennig (Massenbezug 15 Pfennig). Bestellungen sind an den Bezirksmieterverband Chemnitz e. V., Chemnitz, Sonnenstraße 27, zu richten.

Für Breslau ist der Besitz dieser Schrift besonders wichtig, da sie Fragen berührt, die durch den Kampf der Siedlungsmitglieder vor der breitesten Öffentlichkeit ausgetrieben wurden. Sie kann bezogen werden entweder direkt aus Chemnitz oder auch durch die Vorstände der Siedlungsvereine. Auch die Literaturstelle auf der Oberstraße 23 nimmt Bestellungen entgegen.

Um die Entlassung der Hilfschaffner

Groß meint, ein Streik der Gemeindefarbeiter sei nicht möglich

Der Gesamtverband forderte am gestrigen Tage die Hilfschaffner der Breslauer Straßenbahn zu zwei öffentlichen Betriebsversammlungen auf.

In der Versammlung am Morgen waren etwa 180 Kollegen anwesend. Der Kollege G. G. G. von der Opposition wies in der Diskussion auf den einzig möglichen Weg hin, der es den Gemeindefarbeitern ermöglichen würde, die Entlassungen zu vermeiden, aber auch keine Lohnsenkung zu erleiden. Das ist der Weg des gemeinsamen Kampfes, ja, wenn es notwendig ist, der Arbeitsniederlegung, um auf diese Weise den Magistrat zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Ausführungen des Kollegen G. G. G. passten dem Gewerkschaftsbürokraten Groß absolut nicht. Groß behauptete, daß es nicht möglich sei, einen Streik zu führen, da die Kollegen „kein Solidaritätsgefühl hätten“. Als Beweis für diese Behauptung wies er auf das Ergebnis der Urabstimmung hin. Er „vergaß“ natürlich zu sagen, daß die tausend Kollegen nur deshalb für die arbeitshaltstündige Arbeitszeit gestimmt haben, weil ihnen niemand die Möglichkeit aufgezeigt hatte, den Kampf für die Verbeibehaltung des Lohnes bei verkürzter Arbeitszeit aufzunehmen. Groß sagte, daß es nur den Weg der Verhandlungen gibt, und behauptete, daß es auf diesem Wege bereits gelungen sei, die Zahl der zur Entlassung Vorgemerkten

wesentlich zu verringern. (Die Kollegen der Straßenbahn werden sehr bald merken, daß die Behauptungen eines Groß nicht den Tatsachen entsprechen.) In der Diskussion sprach u. a. ein kritischer Kollege, der einen

schweren Angriff gegen den Gewerkschaftsangehörigen Buchner und die Bürgerblockpolitik

richtete. Im übrigen fragte er an, weshalb die Gewerkschaftsführer nicht schon früher Maßnahmen gegen die angekündigten Entlassungen ergriffen hätten. Groß erwiderte darauf, daß man nur auf „gütlichem Wege etwas erreichen“ könne.

Es ist klar, daß man auf dem Wege der Verhandlungen mit dem Mittel der „Güte“ nichts erreichen kann. Der Magistrat wird genau so wie jeder andere Unternehmer den Arbeitern nur das Bewilligen, wozu er sich unter dem Druck der Arbeiterschaft gezwungen fühlt. Deshalb mußte die Frage von Anfang an nicht so gestellt werden, wie es die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten getan haben, sondern so, wie es die RSD. vorschlug, nämlich

Organisation des Kampfes für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Strehlener Zuckerfabrik eine Knochenmühle

Seewald, der Diktator — 32 Pfennig Stundenlohn — Unbegrenzte Arbeitszeit

A. R. Kaum haben wir von eigenartigen Methoden des Stadtbruchunternehmens berichten müssen, und schon wieder werden Zustände eines Strehlener Unternehmens bekannt, welche die Frage mit Recht aufwerfen lassen, ob die Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes schlafen oder ob sie dem Einfluß der sozialfaschistischen Bonzen des Steinarbeiterverbandes unterlegen sind. In dem heutigen Falle handelt es sich um die Strehlener Zuckerrabrik „A. O.“, in welcher ein Seewald mit den Manieren eines Kahlings und Proletenfeindes das Regiment führt und eine Diktatur ausübt, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Schon am Tage vor der Reichstagswahl hatte sich dieser teufliche Barde einen Nazioten als Fabrikredner verschreiben lassen, um die Arbeiter eine Stunde vor Arbeitsluß mit einer „Belegschaftsversammlung“ zu überraschen. Der Unstirn, der in dieser Versammlung verpasst wurde, hatte einem guten Teil der Belegschaft die Augen geöffnet. Das Wahlergebnis in Mikalzdorf — bei dem man auf unsere Partei die meisten Stimmen vereinigt sah — hat auch von den Arbeitern der Zuckerrabrik Stärkung erfahren. Diese Tatsache muß dem Seewald derartig in den Kopf gestiegen sein, daß die späteren Einstellungen von Arbeitern zur eigentlichen Kampagne nichts anderes waren als Beispiele zügelloser Brut. Hatte der Arbeiter, welcher sich um Arbeit bewarb, noch eine ganze Hofe oder ein Paar gute Schuhe an, so erachtete man ihn unter diesem Hinweis nicht reich für eine Beschäftigung. Eine Uhrkette oder gar ein sichtbarer Zigarettenstummel waren für Seewald Bierscheibe zu den erbärmlichsten Bemerkungen. Nur der Palenträger und der schlimmste Krieger fand in seinen Augen Gnade für das tägliche Brot, d. h. für die Einstellung. Und so kam es, was kommen mußte: Doppelstunden mit 80—100 Stunden pro Mann und Woche sind an der Tagesordnung. Wie die Entlohnung in dieser Knochenmühle aussieht, beweist folgendes Beispiel: Ein Arbeiter ging in der Vorwoche bei 58 Stunden Arbeit mit 18 Mark, d. h.

für die Stunde mit 32 Pfennig.

nach Hause. Wo bleibt da der Tarif? Wo vor allem aber auch das Gewerbeamt, das für eine solche Leberstundenschieberei in der Aufsicht und Überwachung zuständig ist? Jeder kleine gewerbliche Betrieb wird zur Anzeige gebracht, wenn die Arbeitszeit nicht eingehalten wird. Warum drückt man bei der Strehlener Zuckerfabrik beide Augen zu? Die Bonzen des Fabrikarbeiterverbandes schlafen gleichfalls, und sie werden nicht eher aufwachen, bis auch in diesem Betriebe die Revolutionäre Gewerkschaftsappo-

sition mit einem Seewald ein anderes Wort reden und die schlafenden Bonzen zum Laufen jagen wird.

Proleten der Zuckerfabrik, aufgewacht und aufgepaßt! Die gesamte Strehlener Arbeiterchaft fühlt sich mit euch solidarisch. Nehmt den Kampf auf gegen den sich breitmachenden Faschismus, gegen die Leberstundenschieberei und für Lohnverhöhung!

An die Arbeiterinnen von Ohlau!

Am Sonnabend findet eine öffentliche Frauenversammlung im Lokal „Stadt Delz“, Delzer Weg 6, statt. Wir laden hierdurch alle Frauen ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. — Tagesordnung: „Die Frau im kapitalistischen Staate.“

Roter Frauen- und Mädchenbund.

Aus der Partei

Das bisherige Parteimitglied Richard Wilde, Steinau, ist auf einstimmigen Beschluß der Plenarbezirksleitung wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden.

Bl. Schließen der RSD., Sekretariat.

Die RGI

im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskia, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO-Funktionären.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Propagandenteil (außer Übersichten): Ernst Bollweber, Breslau; für Übersichten: Fritz Tendorfsch, Guben. — Die Lesenden: Carl Gansberg, Berlin.

Heraus zur Kundgebung am Montag, 20 Uhr, auf dem Neumarkt!

Antreten in den einzelnen Stadtteilen an den bekannten Sammelstellen. (Zentrum nicht am Neumarkt, sondern an der Markte, 20 Uhr)

Waldenburger Bergland

Was sich die Mieter alles bieten lassen müssen!

Aus Weisklein erhalten wir folgenden Kokscheil einiger Mieter: Die Mieter des Hausbesizers und Milchhändlers Tschersch, Weisklein, Konradshaler Straße 14, sind von diesem in den Kriegszustand versetzt worden. Seit drei Jahren jagt ein Prozeß den anderen. Der Wirt prägelte Rinder, die ihn nichts angingen und verbietet alles mögliche. Ein Wäscheplatz, der 20 Jahre bestand, wurde den Mietern einfach entzogen. Mit der Wäsche daselbst. Da sollten die Mieter für Wiederbenutzung eine einmalige Zahlung von 224 Mark entrichten, anderenfalls gibt's keinen Schlüssel dazu. Eine Müll- und Abfuhr war bis jetzt nicht Mode, die Abfälle wurden im Hofe oder sonst irgendwo verstreut, damit sich das Ungeziefer richtig vermehren

in der Versorgungshaus zu schreiben, und sogar zweimal. Wirtschäumend ließ Inspektor Gajzerum und suchte die kollektivistischen Schwerverbrecher. (Siehe die schon erschienenen Artikel.) Und nun geschieht eine Schlußfolgerung nach der anderen. Dem wohnungslosen Erwerbslosen O. wird die gesamte Erwerbslosenunterstützung brutal entzogen. Vergewaltigt bricht er zusammen und muß ins Krankenhaus gebracht werden. Seine Frau wird am anderen Tage rücksichtslos aus dem Versorgungshaus gewiesen und ohne einen Pfennig Geld auf die Straße gesetzt. Bei mitleidigen Genossen fand sie ein Unterkommen. Hornbein ließ Herr Gajzerum und suchte nach weiteren Ungeheuern und drohte die härtesten Maßnahmen an.

Ob sein Gewalttempel etwas genügt hat? Wir glauben nicht, denn auch für das heutige System und seine Kalorien kommt der Tag der Abrechnung.

Heraus zur öffentl. Versammlung!

Sonntag, den 26. Oktober, 19.30 Uhr, in Rothenbach „Zum Paulinenschacht“, Genosse Landtags-Abg. Wollweber-Breslau spricht über:

„Wohin treibt Deutschland?“

Im Hochsommer reinigte der Wirt Sonntag nachmittags die Abwasserkanäle und schüttete den überfließenden Schlamm mitten in den Hof vor die Fenster der Mieter. Er brachte es sogar fertig, einem Mieter die Hieselsteine, die 20 Jahre in der Abortgrube lagen und noch mit Kot beschmutzt waren, unter und in die Fenster zu legen. Wohnungsreparaturen und Instandsetzungen müssen erst erjagt und durch Prozesse erkämpft werden. Viele Jahre ist noch nichts getan worden. Türen und Fenster hangen an zu verkaufen. Da die Mieter angeblich so billig wohnen, sollen sie dies alles selbst machen lassen, ja, die Mieter werden sogar beschuldigt, daß von ihnen alles nur aus Nachsicht laputtgemacht wird. Ein Verhandeln in Güte mit dem Wirt ist nicht möglich. Mit den meisten Mietern läßt er sich nicht ein und einem einzelnen wirft er allerhand Redensarten in den Kopf wie: „Lumpen“, „Bande“, „Gefindel“, „Pfennigfuchser“ etc. Er brachte es sogar fertig, einem Mieter vor die Tür zu werfen, weil dieser ihn belehren und auf seine unverhältnismäßigen Forderungen nicht mehr eingehen wollte. Das Wassergeld ist auch das höchste, was gezahlt werden muß. Der Profitier des Wirtes ist auch zu verdanken, daß die Rattenplage so überhand genommen ist. Seinerzeit hatte er einen Schaulsteller mit Matten, Hfen und Räten in seine Stallung aufgenommen und die Futterreste umhergeworfen, so daß die Stallung die Brutstätte für die Ratten wurde. Das Ungeziefer richtet viel Schaden in Hof und Keller an und beißt auch die Türschwellen durch, um in die Wohnungen zu kommen. Der Herr Wirt denkt gar nicht daran, im Einvernehmen mit den Mietern etwas dagegen zu tun. Trotz dieser Zustände gibt es noch Mieter, und zwar eine Frau Schreiber und einen Herrn Pohl, die um diesen Wirt herumkramern und gegen die anderen Mieter mit zu Felde ziehen. Schon lange erhofft dieser Pörsche die Aufhebung der Zwangswohnung. Dann sollen alle alten Mieter fliegen. Aber es kann auch anders kommen, und zwar so, daß er nicht nur fliegt, sondern fliehen muß, wie anno dazumal von Dittmannsdorf. Dort war er mit allen Salben geschmiert und mußte kein Grundstück aufgeben, weil seine Eitelkeit schon damals „Prozesse“ waren. Ich mag weiter so handeln, wir lagen dann als Mieter, es mag liegen oder brechen, wir werden ihm durch Einigkeit zeigen, wie er sich zu benehmen hat. Sicherlich ist Milchhändler und lebt als solcher von Arbeitergrochen. Als Inhaber einer Nebenwirtschaft ist ich gewiß ebenfalls froh, wenn Mieter anderer Häuser ihn unterstützen.

Weisklein. Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V., Ortsgruppe Weisklein, hält Sonnabend, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr im Gasthof „Zum Schwalb“ seine Mitgliederversammlung ab.

Gottesberg. Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9 Uhr, müssen alle Kameraden der Schalmeienkapelle des Oberen Reviers im „Rosauschacht“ Festhämmer zur Übungsstunde erscheinen. Desgleichen findet bei günstiger Witterung ein Ausmarsch der Kapelle statt. Auftreten nachmittags 1.30 Uhr ebenfalls beim „Rosauschacht“ Festhämmer. Zweck und Ziel werden in der Übungsstunde bekanntgegeben.

Wüsteglersdorf

Ein „notleidender“ Direktor

Daß das deutsche Proletariat Not leidet, im besonderen die schlesischen Berg- und Zertilarbeiter, ist bekannt. Daß aber ein Direktor mit über 1000 Mark Monatsgehalt in seiner Not, um etwas zum Essen zu haben, fischen geht, wollte dem Forstmeister Schwarz nicht einleuchten. Aber es muß wohl so sein, denn er traf den Direktor Buchner der Firma Meyer Kaufmann beim Angeln in fürstlich fleischigen Gewässern. Da sich aber Schwarz ausgerechnet von einem Juden nicht die guten Fische wegknappen lassen will, hat er diesem erst einmal richtig die Beutten verlesen und will ihn ebenfalls noch verlegen.

Freiburg

Bollsbund für Winterschutz und Segualhygiene, Ortsgruppe Freiburg

Montag, den 27. Oktober, in Freiburg im Gasthaus „Grüner Baum“, und Dienstag, den 28. Oktober, in Arnsdorf, Seewalbs Gasthaus, großer Lichtbildvortrag von Kollegen Schulz-Wörlich: „Mutter Schwangerschaft, Geschlechtskrankheiten und Empfängnisverhütung.“ Gäste herzlich willkommen. Personen unter 18 Jahre haben keinen Zutritt. Eintritt 10 Pf. Anfang pünktlich 8 Uhr.

Der Vorstand.

Schweidnitz

Der dritte Akt im Ermitterten-Skandal

(Städt. Versorgungshaus Schweidnitz)

Und es ist eine schreckliche Geschichte geschehen: die „Arbeiter-Zeitung“ hat es gewagt, über die jämmerlichen Zustände im Schweid-

Bolkenhain

Das Dritte Reich und sein Gesicht

Dieser Tage kam ein alter Mann mit verkrüppelten Füßen und Händen, der sich seinen Lebensunterhalt mit Blechharmonika-Spielen verdient, in unser Städtchen. Zu seinem Unglück spielte er vor dem Boden eines ersten Patentkreuzers. Raum hatte er begonnen, da erliefen auch schon der Nazibestler und jagte den armen Krüppel, nachdem er ihn mit allen im Hitlerischen Lexikon verankerten teutonischen Flüchen beschimpft hatte, von dannen. Welch einen Begriff mag dieser alte Mann vom „Dritten Reich“ bekommen haben, als man ihm erklärte, dieser Bestler sei ein strammer Nazianhänger. Sorgen wir dafür, daß diesem Pörsch das Handwerk gelegt wird.

Lohnraub an den Bolkenhainer Textilarbeitern

Früh, Vogel — oder stirb!

Vor diese Entscheidung stellte die Direktion der hiesigen Mechanischen Weberei die Arbeiterinnen Anfang dieser Woche. Man stellte fest, daß die Kopfleiterinnen zuviel verdient haben, man spricht von 25—28 Mark die Woche. Das ist natürlich nach Ansicht dieser Textilarbeiter für eine Frau viel zuviel. Diesen Divulbenbeschuldern fällt es nicht schwer, ohne Mühe viel Geld einzustechen, ihre Rabonnen schlagen es schon tot. Darum stellte die Direktion die Arbeiterinnen vor die Frage:

„Entweder billiger arbeiten oder die gesamte Abteilung klllegen.“

Am Montagabend fand eine Betriebsversammlung statt, in welcher Direktor Eisner seine Stellungnahme zum Lohnraub „begründete“. Gewerkschaftsvertreter Dpiß versuchte einige radikal klingende Töne anzuschlagen, fand aber kein einziges Wort vom Kampf gegen den Raubzug der Unternehmer. Wie könnte aber auch ein Dpiß die Arbeiter in den Kampf führen? Der Vertreter der

christlichen Gewerkschaften erzählte etwas von wirtschaftlichen Schwierigkeiten,

nur die hungernden Proleten, die oppositionellen Genossen schleuderten dem Direktor sowie den Berrättern die Not, Ausbeutung und das Glend in ihrer rauhen Wirklichkeit ins Gesicht.

Es kam zum Ausdruck, daß die Weber heute nur noch in die Fabrik gehen, um die Zeit zu verbringen und für die Textilgewaltigen zu schuften, an ein Verdienen ist nicht mehr zu denken. Der Betriebsrat nahm eine Stellung ein, die ihn voll und ganz charakterisierte. Herr P. erklärte:

„Macht was ihr wollt, mir ist es gleichgültig. Arbeitet ihr billiger, habt ihr Arbeit, wenn nicht, wird eben geschlossen.“ Da also, der Betriebsrat hat gesprochen. Arbeiter, entscheidet euch! Entscheidet so, daß ihr solche Leute zum Zeufel jagt, denn daß dieser nicht zu euch hält, hat sein Auspruch bewiesen. Wählt euch einen Betriebsrat, der euch in keiner Situation verläßt, der für euch kämpft um ein erträgliches Dasein.

Tretet ein in die KPD! Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird und kann euch zum Kampfe führen, nie und nimmer dürft ihr euch auch nur einen Pfennig rauben lassen. Organisiert sofort den Abwehrkampf, die KPD. steht euch zur Seite!

Büdo flüssig

pflegt und erhält feinstärkige Schuhe und läßt nie ab

Niederschlesien

Der Magistrat Glogau plant neue Anschläge gegen die Werktätigen

Am Mittwoch dieser Woche sollte eine Stadtvorordnetenversammlung stattfinden. Der Magistrat ließ jedoch bekanntmachen, daß diese Sitzung verschoben werden müßte, weil noch nicht alles erledigt werden konnte, was zur Vorbereitung dieser Sitzung notwendig war.

Mit diesem Verschoben scheint es eine besondere Bewandnis zu haben. Der Magistrat trägt sich zweifellos mit der Absicht, zur restlosen Durchführung der Brüningschen Rotverordnungen auch in Glogau die Kopfsteuer und ähnliche Dinge einzuführen. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten bereiten auch eine „Aktion“ vor. Dieselben Leute, die bisher nichts unternommen haben gegen den Berrat ihrer Partei im Reichstags, glauben hier im Stadtparlament den „Radikalen“ markieren zu können. Sie können es deshalb tun, weil die Bürgerlichen ihre Stimme nicht brauchen. So haben sie jetzt dem Magistrat einen Antrag eingereicht, der von der Stadt verlangt, Kartoffeln für die Armen bereitzustellen. Wahrscheinlich beabsichtigen sie damit, Gimpelkang zu treiben, aber das wird ihnen nicht gelingen, da unser Genosse Jozga bereits im Juli den Magistrat in einer Stadtvorordnetenversammlung darauf aufmerksam gemacht hat, daß für sie sorgen, daß die werktätige Bevölkerung mit Kartoffeln versorgt wird.

Jetzt hat unser Genosse Jozga erneut der Stadtvorordnetenversammlung einen Antrag unterbreitet, welcher verlangt, daß allen Wohlfahrtsunterstützten Kartoffeln verabfolgt werden sollen, und zwar an Leilige zwei Zentner und an Familien pro Kopf zwei bis zehn Zentner. Weiterhin wird gefordert die Belieferung mit Kohlen vor Einsetzen des Winters.

Ebenso verlangt der Antrag vom Magistrat die Bereitstellung von Mitteln zur Auszahlung einer einmaligen Winterbeihilfe, die am 20. Dezember an alle Wohlfahrtsunterstützten zur Auszahlung gelangen soll, und zwar

für Ledige 20 Mark, für Verheiratete 30 Mark und pro Kind 5 Mark. Bei Erwerbslosenunterstützungsempfängern erniedrigen sich die Sätze anßer bei den Kindern um 5 Mark pro Person.

Um dem Magistrat die Möglichkeit zu nehmen, den Antrag mit der Begründung abzulehnen, daß kein Geld da wäre, hat unser Genosse den Antrag eingereicht, die Gehälter aller Kommunalbeamten soweit herabzusetzen, daß die Höchstgrenze 5000 Mark im Jahre beträgt. Für den Fall, daß gesetzliche Hindernisse der Herabsetzung der Gehälter im Wege stehen, wird die Einführung einer Sondersteuer für alle Einkünfte aller Lantienenzahlungen an künftige Beamte gefordert. In einem weiteren Antrag verlangt unser Genosse, daß die Stadtvorordnetenversammlung die beabsichtigte Erhebung einer Kopfsteuer ablehnt.

Werktätige! Erwerbslose! Diese Anträge werden nur dann zur

Durchführung gelangen, wenn ihr euch einreißt in die rote Klassenfront. Ihr müßt euch nicht nur einmütig hinter den Erwerbslosen-ausschuß stellen, sondern auch in die kommunistische Partei eintreten und ebenso ihre Presse lesen und unterstützen. Morgen beginnt die Werbeweche für Partei und Presse. Wo heranzum Kampf! Laßt euch Aufnahmegebühren geben und helft mit, andere Verhältnisse zu schaffen.

Glogau

Schauerlicher Selbstmord eines jungen Mädchens

An der 20 000-Volt-Leitung lebendig verbrannt

Glogau, 22. Oktober. An den „Fahnbirten“, zwischen Bohnhan und Drogelwitz bemerkte ein Glogauer Einwohner am Wege einen brennenden und defizierbaren Hausen, einem Kleiderbündel ähnlich. Er erkannte dieses etwas schließlich als einen weiblichen Körper, dessen Kleidung brannte. Bei dem Versuch, die Fleammen mit Sand zu erstickten, erhielt er einen elektrischen Schlag. Schließlich stellte er fest, daß von der 20 000-Volt-Leitung ein Draht herabhing, der über die Leitung geworfen war. Der Strom wurde durch Benachrichtigung des Elektrizitätswerkes schnellstens ausgeschaltet, jedoch war die Brennende bereits tot. Die Kleider waren ihr auf dem Körper verbrannt und vom linken Arm, der völlig verlohrt war, nur ein Stumpf übriggeblieben. Die tote ist die 21-jährige Bauunternehmerstochter Liesbeth Beutner aus Drogelwitz. Nach einem hinterlassenen Briefe hat sie Selbstmord aus Schwermut verübt, wahrscheinlich wegen einer bisher verheimlichten unglücklichen Liebe. Die Unglückliche hatte sich aus der väterlichen Werkstatt einen Draht genommen und diesen über die Hochspannung gnosten, in der Hoffnung, sofort getötet zu werden.

Sechs Großfeuer in einer Nacht

Wie Menschen tragen Brandwunden davon. — Riesiger Schaden. Sorau, 22. Oktober. In Gladow ging die strohbedeckte Scheune des Landwirts Schanpold in Flammen auf. Zwei benachbarte Ställe wurden gleichfalls eingeschert. Fast gleichzeitig brannten in Stelow die Scheunen der benachbarten Besitzungen Mehlow und Linja mit reichen Erntevorräten und vielen Maschinen nieder. Außerdem gingen eine Stallung sowie ein Wohn- und Wirtschaftsgelände in Flammen auf. Die Landwirtschafter Mehlow trug bei den Lösungsversuchen Brandwunden davon. Der Landwirt Linja und seine beiden Söhne trugen bei den Lösungsarbeiten ebenfalls Brandwunden davon.

Not und Glend überall

St. Gennersdorf. Trotz großer Erwerbslosigkeit unter den hiesigen Bauarbeitern findet man es nicht für notwendig, beim Neubau des Sangerischen Hauses hiesige Arbeiter einzusetzen. Anstatt sich zu „drücken“, für Arbeit und Brot gesorgt zu haben, wäre es von Herrn Sanger richtig gewesen, hiesige Arbeiter zu beschäftigen. Auch in Gräffau läßt man Familienväter mit mehreren Kindern hungern, anstatt sie bei eventuell vorhandenen Arbeiten zuerst einzusetzen. Auch die Anschläge für die Wohlfahrtsunterstützung werden in den Gemeinden nicht richtig ausgezahlt, mutet man doch dem Arbeiter 3 Meter aus Gräffau zu, mit mehreren Kindern von 20 Mark monatlich zu begütigen.

Erwerbslose und Arbeiter, duldet solche Zustände nicht länger, sondern demonstriert und kämpft mit der kommunistischen Partei für Arbeit und Brot.

Liebau

Eine Fabrik niedergebrannt

Liebau, 22. Oktober. In Oberaltstadt, jenseits der Grenze, brannte die Fabrik Etlich bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die umherfliegenden Funken setzten auch die angrenzende Landwirtschaft in Brand, die völlig niedergebrannt.

Glatz

Erst für die Seele — dann für den Körper

In einem katholischen Ort in der Umgegend von Seitenberg wurde ein Mädchen schwer krank. Als der Arzt eine Krankenschwester rufen ließ, war ihre erste Frage: Wann waren Sie das letzte mal zu B-sich? Anstatt dem Mädchen Umschlüge zu machen, die der Arzt verschrieben hatte, um dem Mädchen zu helfen, erst die Sorge um das Seelenheil. Bei der Tochter eines Kapitalisten würde wahrscheinlich die Schwester um das Seelenheil nicht so besorgt gewesen sein.

Oberschlesien

Abrechnung mit den reformistischen Verleumdern

Am Sonntagvormittag fand in Hrubenburg im Lokal Riffe eine Delegiertenversammlung der Concorbiagrube statt. Die Versammlung war einberufen worden, um zu den Verleumdungen Stellung zu nehmen, die in der letzten Delegiertenversammlung gegen unseren Genossen Sobotta ausgesprochen worden waren. Der Verleumder Dembrial war besonders eingeladen, aber nicht erschienen, während Genosse Sobotta zur Stelle war. Dieser zeigte nun der Delegiertenversammlung die Verräterrolle auf, die von den Reformisten in den letzten Jahren ununterbrochen gespielt wurde. Ganz besonders bekämpfte sich Genosse Sobotta sowohl mit dem direkten Lohnraub als auch mit dem indirekten, wie er von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten seit Jahren unterstützt wird. Dieser Lohnraub stellte er die Millionengewinne, die das Grundkapital aus den Knochen der Bergarbeiter herausholt, gegenüber. Dem verbrecherischen Treiben der Reformisten stellte er das erfolgreiche Wirken der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenüber und wies den versammelten Kampfsoldaten nach, daß nur mit den Mitteln und Methoden, die von der R.S.D. angewandt werden, die Verelendung der Bergarbeiter beseitigt werden kann.

Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Genosse Sobotta auch die Vorgänge in Berlin bei der Reichstagsabstimmung, wobei er den Sozialdemokraten die Rolle vom Gesicht riß, aber gleichzeitig auch betonte, daß an dem Treiben der Nazis die SPD-Führer ein voll gerüttelt Maß Schuld tragen. Er behandelte auch den heldenhafte Kampf der Berliner Metallarbeiter und betonte, daß die 140 000 Berliner Arbeiter auch dann weiter kämpfen werden, wenn die Gewerkschaftsbürokratie versuchen sollte, durch einen neuen Schlichtspruch den Kampf abzumildern.

Inletzt ging Genosse Sobotta noch auf die sogenannten Rotverordnungen der Brüning-Regierung ein, behandelte auch die letzten Vorgänge im Reichstage, zeigte dabei, wie die SPD aus Angst um ihre Futtertruppen in Preußen die Diktatur des schwarzen Kanzlers stützt. Aufgabe der Bergarbeiter sei es, sofort alle Hebel anzusetzen, um mit Hilfe der R.S.D. die Massen für den Kampf am 1. November zu mobilisieren. Das Referat des Genossen Sobotta wurde allgemein mit Zustimmung angenommen. — Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, die den Berliner Metallarbeitern die Sympathie ausdrückt und der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß dieser Kampf von Erfolg sein möge.

Der Zentrumsgraf und die Reichswehr

Republikanische Gelage und Schnitzeljagden — und die Arbeiter warten auf den Lohn

Landwirtschaft in Not! So schreien die deutschen Großgrundbesitzer fast täglich, um aus den Taschen der Steuerzahler in Form der Distanz-Milionskredite zu erhalten. Wie die Not dieser Herren Grafen Prashma, Prädler und wie sie alle heißen, nun ausbleibt, dafür folgendes Beispiel:

Wie schon mehrere Jahre, so hat sich auch dieses Jahr wieder Graf Prashma einen Teil des Reiterregiments Nr. 11 aus Neustadt für längere Zeit eingeladen, um mit dieser republikanischen Reitertruppe Jagd- und Reiterspiele auszuführen, und, wie üblich, nachher große Festessen zu veranstalten. So konnte man am 16. Oktober die ganze gräfliche Sippe mit der Reichswehr zur Schnitzeljagd ausreiten sehen. Ausgesehen hat das Ganze schlimmer als ein Karnavalszug oder Narrenspiel. Dasselbe wurde dann beim Grafen Prädler vollführt.

tausende von Mark übrig, dagegen für ihre schwer arbeitenden, hungerleidenden Arbeiter gar nichts.

Graf Prashma hat sogar den Hungerlohn seiner Fabrikarbeiter herabgesetzt. Auch die Fischsammler, die die gesammelten Fische bei den gräflichen Verwaltungen abliefern, mühen sich bis fünf Wochen auf das mühselig verdiente Geld zu warten. Der gnädige Herr brauchte eben sehr viel Geld für kostspielige Feste für sich und seine republikanischen Gäste, um die Zeit totzuschlagen.

Die Land- und Forstarbeiter können den Hungerriemen noch eng schnallen, können immer mehr ins Elend sinken, das für den streikenden Zentrumsmann Grafen Prashma sehr wenig, genau so wie seinen Parteifreund Prädler, der die Hungerpeinliche über das ganze werktätige Volk schwingt.

Erst das Bäuchlein — dann die Seele

Stoßfeuer eines Katholiken über seine Seelsorger

Im „Oberschlesischen Wanderer“, der ja sehr viel von Katholiken gelesen wird, fanden wir am 17. Oktober folgendes interessante Eingekandt:

„Brosławitz, den 17. Oktober 1930.

In diesem Monat finden in allen Kirchen Rosenkranzandachten statt. Bei uns in Brosławitz sind an den Dienstagen und Freitagen deutsche, an den anderen Tagen polnische Andachten. Leider sind die Andachten nicht nach dem Gefühl eines guldenden Katholiken. Denn wenn der Organist da ist, befindet sich der Pfarrer auf Reisen, und wenn der Pfarrer da ist, kann man vom Chor den Organisten mit seiner Orgel nicht hören. Am ärgsten war es am Dienstag, dem 14. d. M. Denn an diesem Tage war von den beiden Herren keiner zur Stelle. Nachdem die versammelten Katholiken bei hellerleuchtetem Altar eine halbe Stunde warteten, mußten sie nach Hause gehen, denn niemand fand es für notwendig, die Andacht abzuhalten. Der Grund war folgender: An diesem Tage wurde das Richtfest der neuen Schule gefeiert, und die beiden Herren waren auch dort zu Gast. Um mit dem leiblichen Wohl nicht zu kurz zu kommen, konnten die Herren die halbe Stunde ihrem seelischen Empfinden nicht opfern. Darunter mußten die erschienenen Gläubigen in der Kirche

leiden. Da wir schon öfter so etwas erleben mußten, wäre es an der Zeit, daß hier Ordnung geschaffen wird. Es ist kein Wunder, wenn bei der letzten Wahl von 548 Stimmberechtigten 146 die Liste 4 (SPD) gewählt haben. Damit wir in unserer Pfarodie nicht noch tiefer sinken, müssen die Herren den Dienst in der Kirche so versehen, wie es die oberste Kirchengewalt vorschreibt. Ich nehme an, daß diese paar Zeilen genügen werden, um uns Katholiken den Aufenthalt in der Kirche Brosławitz wieder zum seelischen Genuß zu machen. Anderenfalls werden wir uns auf diesem Wege nochmals melden. Einer für viele.“

Dieser Stoßfeuer ist gewiß nicht uninteressant. Er zeigt, daß die Herren Seelsorger in Brosławitz die Sorge um das Seelenheil ihrer Herde ihrer eigenen leiblichen Fürsorge voranstellen. Eine Tatsache, die nicht neu ist, weil ja die meist so schön gerundeten Bäuchlein der Herren Pfarrer davon sehr beredt zeugen. Aber nicht alle sind so offen, dies auch sonst so frei zu betätigen, und insoweit ist diese Offenheit eigentlich nur zu begrüßen, denn sie weist dem katholischen Arbeiter, es genau so zu machen, d. h. in diesem Falle, sich nicht um das Seelenheil zu sorgen, sondern dafür zu kämpfen, daß er nicht Hunger leiden braucht.

Das Hungergespenst geht in Oberschlesien um

Hungertod im schlesischen Rom Neisse

Ein Opfer des Geistes Hunger wurde der ledige, 29 Jahre alte, verwaiste Arbeiter Paul Ernst aus Neisse. Ernst war hier als ein anständiger, allseitig beliebter Kollege bekannt. Schon als Kind verlor Ernst seine Eltern und mußte sich allein in den schweren Zeiten durchschlagen. Ernst erhielt nun die „große“ Unterstützung von sieben Mark wöchentlich, davon sollte er nun Kost, Logis, Wäsche, Kleidung, Schuhwerk und die sonstigen Ausgaben bestreiten.

Nach Aussagen der Ärzte ist E. an Unterernährung gestorben. Als ehrlicher Arbeiter brachte E. es nicht fertig, nach Almosen zu betteln, und nach vierzehntägiger Krankheit mußte er am Hungertode sterben. Hier steht man wieder einmal sehr deutlich die Nächstenliebe des Reichers Zentrums. Während man jeden Sonntag von der Kanzel predigt: „Liebet euch untereinander“, läßt man hier Proleten elend zugrunde gehen. Leider ist der Arbeiterschaft sein Kliesen nicht sehr genug bekanntgeworden, und so wurde er in aller Stille beerdigt. Die Neisser Arbeiterschaft hätte es sich bestimmt nicht nehmen lassen, ihm ein anständiges proletarisches Begräbnis herzurichten. Aber ein kräftiges „Rot Front!“ wollen wir dem allseitig beliebten Kollegen nachrufen. Vom Magistrat aber fordern wir, daß die niedrigen Unterstützungssätze sofort erhöht werden, damit vermieden wird, daß noch weitere ehrliche Arbeiter elend zugrunde gehen.

Arbeiter, Erwerbslose, hier seht ihr wieder einmal, wie man auf der einen Seite Proleten verhungern läßt und auf der anderen Seite Millionen von Mark unnütz verschwendet. Für einen „Spar“-Romantiker hat man hier 10 000 Mark übrig, für einen verhungerten Proleten einen gepreßten Pappkarton. Helft dieses Gespenst vertreiben. Es gibt nur eine Partei, die euch den Weg zur Befreiung von Elend und Hunger zeigt, kämpft gemeinsam gegen die Verelendung des Proletariats, tretet ein in die kommunistische Partei!

Anderer, die Kartoffeln stopfeln gingen, verfielen dem gleichen Schicksal. Einem weiteren, der erst Arbeit bekommen wird, und zum Arbeitgeber gerufen wurde, nachzusehen, was noch irgendetwas in der Mühle nicht in Ordnung ist, ging es auch nicht besser.

So wurde jenen 40 Arbeitern die Unterstützung gesperrt. Die Frauen und Kinder sind ohne Geld, von was sollen sie nun leben?

Das ist das Gesicht unserer famosen Republik. Auf der einen Seite Prafferei und Verschwendung der Faulenzer und Parasiten, auf der anderen Hunger und Not. Arbeiter, befinnt euch! Tretet ein in die kommunistische Partei und kämpft gegen diese wahnsinnige kapitalistische Gesellschaftsordnung!

Der Streik der Gleimwitzer Pflichtarbeiter aufgehoben

Der Kampf geht trotzdem weiter

Am 21. d. M. fanden zwischen Magistrat und den Streikenden Verhandlungen statt, in denen sich der Magistrat zu folgenden Zugeständnissen bereit fand:

An Stelle von 55 Pfennig werden 60 Pfennig Stundenlohn für geleistete Stunden gewährt. Die Versicherungsbeiträge zahlt der Magistrat. Weiter wurde eine Beihilfe zur Bekleidung der Rotlage dadurch zugesagt, daß die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln in Aussicht gestellt wurde. Jede Schikanierung der Arbeiter durch den Betriebsführer soll verschwinden.

Nach einer stürmischen Diskussion wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Versammelten geloben, den Kampf weiterzuführen und alle Voraussetzungen zu schaffen, um im gegebenen Augenblick den Kampf für die reiflose Befreiung der Pflichtarbeiter aufzunehmen zu können. Auf allen Bauplätzen, wo Koloniarbeiter, Kommunalarbeiter und Pflichtarbeiter beschäftigt sind, sind Vertrauensmänner zu wählen, um so jene vorerwähnten Voraussetzungen herbeizuführen.“

Nach Annahme der Resolution wurde der Streikleitung der R.S.D., der SPD, sowie der Z.N.G. für die Unterstützung, die diese Organisationen den Streikenden geleistet haben, der Dank mit einem dreifachen „Rot Front“ zum Ausdruck gebracht. In einer kurzen

Ansprache brachte der Kollege W. zum Ausdruck, daß es mit dem Dank nicht sein Bewenden haben dürfe, sondern daß sich alle Arbeiter auch weiterhin einreihen müssen in die rote Massenfront, um auf diesem Wege für den neuen Kampf die Gewähr des Sieges zu verbürgen. Anschließend an diese Versammlung wurde eine gut gelungene Demonstration durchgeführt.

Hindenburg

Oberbürgermeister Franz spielt den Bescheidenen und „Spart“

Der frühere Oberbürgermeister Lulajschel war allgemein dafür bekannt, daß er an die Steuerzahler sehr große Ansprüche zu stellen gewohnt war. Franzel dagegen spielt den „Bescheidenen“. Er will offenbar zeigen, daß er als ehemaliger Bergprolet auch mit wenigem zufrieden ist. Als vor kurzem die Villa Lulajschel auf der Tagesordnung stand, führte er mit der SPD-Fraktion eine regelrechte Rombdie auf. Unter dem Vorwande, daß „gebart“ werden müsse, wurden 25 städtische Arbeiter entlassen. Bei den höheren städtischen Beamten, besonders bei den Stadtbauräten, wagte er sich mit seinem „Spart“-Sinn nicht heran. Im Etat für allgemeine Verwaltungen „spart“ er nur an Arbeiterlöhnen, um dafür den Wohlstand zu vergrößern.

Seine „Spart“-methoden sind solcher Art, daß die Schwerindustrie von ihm noch allerhand lernen könnte. Er bringt es sogar als früherer Gewerkschaftssekretär fertig, dem Betriebsrat folgenden Rat zu erteilen: „Meine Herren, abgedaut muß werden, trotzdem muß die Zahl bestehen bleiben. Ich bin aber bereit, Ihren Wünschen entgegenzukommen, bitte schlagen Sie für die zur Entlassung Eingereichten andere vor, ich werde damit einverstanden sein.“ Er murt also dem Betriebsrat zu, daß er ihm Arbeiter bemängeln soll, die mit den „Spart“-methoden des Herrn Franz nicht einverstanden sind. So etwas nennt er dann die richtige Arbeitervertretung.

Franz spart aber noch woanders. Nachdem er vom Urlaub zurückkam, wurde ihm vom Direktor Schulz ein neues Auto präsentiert. Das Auto von Lulajschel, das er vor nicht allzulanger Zeit als gebraucht gekauft hatte, und das gleich mit großen Reparaturkosten instandgesetzt werden mußte, war ihm nicht mehr gut genug. Damit aber außer den Eingeweihten kein anderer Sterblicher von der Neuanschaffung dieses Autos erfahre, wurde ein neues Auto vom gleichen Typ des alten gekauft. Auch so etwas nennt Herr Franz „Sparten“.

Auch sonst zirkulieren in der Stadt allerhand tolle Geschichten über diese „Spartamkeit“. Heute wollen wir nur auf die Zustände im Verbandsamwerk aufmerksam machen, wo alle Arbeiten und Materialien von der Stadt bezahlt werden. Wir werden auf diese „netten“ Zustände noch einmal zurückkommen. Magt ein Prolet, der bei der Stadt beschäftigt ist, den Mund aufzumachen, dann wird er sofort arbeitslos entlassen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter, laßt euch das nicht länger gefallen, schließt euch der R.S.D. an und kämpft für die Befreiung solcher Zustände!

Versammlung der Z.N.G.

Am Sonntag, dem 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Zimmermann, Kronprinzenstraße, eine Mitglieder-Versammlung der Orts- und Betriebsgruppen der Internationalen Arbeiterhilfe statt. Tagesordnung ist sehr wichtig. Erscheinen ist Pflicht.

Internationale Arbeiterhilfe Hindenburg.

Miedowitz

Antifaschistische Kundgebung in Miedowitz

am Sonntag, dem 26. Oktober

Die auswärtigen Ortsgruppen der Antifa treffen um 14 Uhr in Miedowitz ein. 14.30 Uhr Ansprache mit anschließender Demonstration. Die Arbeiterschaft von Miedowitz und Umgegend wolle sich recht zahlreich beteiligen.

Kreuzburg

Achtung! Arbeitsgebietskonferenz der Roten Hilfe!

Sonntag, den 26. Oktober, 10 Uhr findet in Kreuzburg eine Arbeitsgebietskonferenz der Roten Hilfe statt, an der die Funktionäre von Kreuzburg und der umliegenden Ortsgruppen teilzunehmen haben.

Rote-Hilfe-Kundgebung in Landsberg

am Sonnabend, dem 25. Oktober, 18 Uhr im Hotel „Prinz von Preußen“. Anschließend ein Lichtbildervortrag mit dem Thema: „Massenkampf im Wandel der Geschichte.“

Oppeln

Vorläufiges Gammelergebnis zum Kongress der werktätigen Frauen in Oppeln

Opf. 35,— Mk.
Zigarrenarbeiterinnen . . . 17,— Mk.

Wo bleiben die anderen Zellen? Folgt dem Beispiel der Genossinnen!

Mitgliederversammlung der Roten Hilfe

Sonntag, den 26. Oktober, 16 Uhr, findet im „Schützenhaus“ eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Anschließend an diese Mitgliederversammlung findet ein Lichtbildervortrag statt. Thema: „Massenkampf im Wandel der Geschichte.“

Arbeiter von Oppeln — heraus zum Protest!

Trotz der Entlarvung, die das Nazi-Paß im Reichstag an sich selber vorgenommen hat, wagen sie es, heute Abend eine Versammlung im Handwerkskammeraal abzuhalten. Arbeiter, gebt ihnen die Antwort! Erscheint in Massen zum Protest in dieser Versammlung und zeigt dieser Gesellschaft, daß ihr Beitrag erkannt ist.

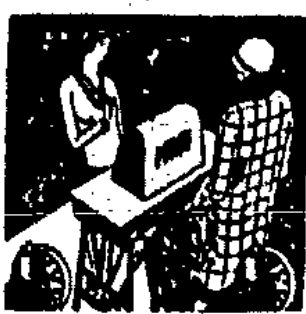
Gründungsfest des Arbeitersportvereins Chroszczütz

am Sonntag, dem 26. Oktober. 11—12 Uhr Konzert der Schalmeyerkapelle Oppeln. 13 Uhr Abmarsch des Festzuges nach dem Sportplatz. Dortselbst um 14 Uhr Fußballwettkampf Chroszczütz gegen Nadel. 15.30 Uhr Handball Freie Turnerschaft I Oppeln gegen Freie Turnerschaft II Oppeln. 13.30 Uhr Faustball Chroszczütz gegen Oppeln. Ab 19 Uhr Tanz bei Hefner sowie Saalveranstaltungen der Freien Turnerschaft Oppeln.

LIEBICH
Theater
Ruf Nr. 346 46
Bobble Hinds
Jazz-Revue
und das große
Variete-
Programm
Tägl. 2 Vorstellungen
nachm 4 Uhr
abends 8 Uhr
Eintrittspreise
0,40 bis 3,80 Mark
Nachm halbe Preise
das volle Programm

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Dienstag, den 31. 10.
Sonntag, den 26. 10.
15.30 Uhr
König Richard der Dritte
Von Sonnabend, den 18. 10.
bis Freitag, den 24. 10.
Katharina Kule
Von Sonnabend, d. 26. 10.
bis Montag, den 27. 10.
20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Mrs. Cheneys Ende
Thalia-Theater
Von Sonnabend, d. 19. 10.
bis Freitag, den 24. 10.
20.15 Uhr
Potatsch und Perlmutter
Romödie von Blas u. Klein
Von Sonnabend, d. 26. 10.
bis Montag, den 27. 10.
20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Die Opuzie
Romödie von Max Brod
und P. R. von Mad

Beachten Sie
unsere
Inserenten!



Eine „PFAFF“
besitzen, heißt sich täglich Ihrer erfreuen.
Verlangen Sie Prospekt!

Pfaff-Nähmaschinen-Haus
Breslau I, Reuschestr. 37-38
Telephon 253 91 (Am Mühlentplatz)

Brennholz beste,
trockene Ware
1 Ztr. kleingesähten, frei Keller 3.20 RM.
1 Ztr. grobges., (Kessal- oder
Hartholz) frei Keller 3.00 RM.
1 Gebund ca. 30 bis 40 cm Durch-
messer, frei Keller) 0.65 RM.
Bei Abholung in der Anstalt billiger
Lieferung erfolgt von 1/2 Ztr. an
Händler haben ermäßigte Preise
Städtische Holzspalteanstalt, Breslau X
Niedergasse 10 Fernruf: 546 16

Central-Lichtspiele
Liegnitz
Das Ereignis der Saison
Ab Freitag, den 24. Oktober 1930
EMIL JANNINGS
in *Der blaue Engel*
Täglich Wochent. 5 u. 8 U., Sonnt. 3, 1/2, 6, 8 U.

Wir suchen
tüchtige
**Anzeigen-
vertreter**
bei guter - erdienstmü-
lichkeit. Es kommen nur
Vertreter in Frage,
welche für eine intensive
Werkarbeit Gewähr
bieten.
Angebote an die Anzeigen-
Expedition für die Arbeiter-
Zeitung 8. m. b. H. Berlin
SW 43, Wilhelmstraße 20

Genossen
werdet für
Eure Briefe.

Bäckerlei u. Konditorei
Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stober
Hermannstraße 2

CAPITOL STREHLEN
Ab Freitag, Woch. 7 u. 9, So. 3, 5, 7, 9 U.
Der Korvettenkapitän
Ein 100 prozentiger Tonfilm
mit **Harry Liedtke**
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Hermann Grundmann
Strehlen, Ring 50

Schuhhaus Pertz
Strehlen, Ring 22
Billige Arbeitsschuhe
Spezialität:
Steinbruchschuhe

Leb' diät eh' es zu spät
Auskunft: bereitwillig ohne
Kaufzwang
Reformhaus, Bunzlau
Pappelstraße 14

ff. Fleisch- und Wurstwaren
nur bei
Albert Heinrich, Liegnitz
Wilhelmsplatz 2

ff. Fleisch- und Wurstwaren bei
Heinrich Hübner
Liegnitz, Carthausstrasse Nr. 65

Lederjacken
28.-, 38.-, 48.-, 58.- RM.
Gebr. Tischler, Spezialgeschäft
Gartenstraße 37 Alte Taschenstr. 9
neb. Konzerthaus Nähe Liebigshöhe
reparaturen Auffärben

Butter, Eier, Käse, Schmalz
und andere Lebensmittel kaufen auch
Sie am besten nur bei
Berndt, Görlitz
Mittelstraße 8 Kessalstraße 28, Brüggelstraße 22
Leipziger Straße 18 Fernruf 1313

Motorräder / Fahrräder / Nähmaschinen
Specht- u. Radioapparate
bei **Fritz Thamm**
Krauschen bei Bunzlau

10 billige Volkstage
Abendschuhe
schwarz Seife, Pumps
u. Spange, echter L. XV-
Absatz
Pumps
in haselnußfarbig.
Leder mit echtem
L. XV-Absatz
Wir wollen trotz des bei uns durchgeführten Preisabbaus die bewährte und bei unseren Kunden so beliebte Einrichtung der billigen Volkstage in unserer Schuh-Etage — in denen wir unsere stadtbekannt niedrigen Preise noch immer besonders herabsetzen, — autrecht erhalten und bieten auch diesmal wieder 10 Tage lang **vom 24. Oktober bis 4. November** ganz fabelhaft billige Schuhe an. Beachten Sie bitte alle Angebote, jedes einzelne ist ein Schlager
Damenschuhe:
Lack-Spangenschuhe mit amerik. Absatz, mit und ohne Kappenverzierung 4⁷⁵
Schwarze Spangenschuhe mit bequemem Laufabsatz, strapazierfähig 4⁷⁵
Uebergangs-Boots (Ueber-) blond u. grau Gummi besonders billig 4⁷⁵
Schwarze Velour-Spangenschuhe mit Lockgarnitur, neuartig kombiniert 6³⁵
Lack-Pumps in echtem L. XV -Absatz und Kappenslepperei 7³⁵
Glatte und kombinierte Spangenschuhe aus feinfarbigem Leder, mit amerikan. und französisch. Absatz, sehr hübsche Modelle 7⁷⁵
Havana Pumps mit eidechsenartiger Verzierung und echtem L. XV -Absatz 8³⁵
Herrenschuhe:
Haibschuhe in Lack und braun u. schwarz Leder, schöne, moderne Formen, ungewöhnlich billig 6⁷⁵
Rindbox-Stiefel schwarz, äußerst strapazierfähig 6⁷⁵
Kernige Arbeitstiefel aus schwarzem genarhten Rindleder 7⁷⁵
Sportstiefel braun und schwarz, mit Regenlasche, besonders kräftiger Unterboden 10⁷⁵
Kinderschuhe:
Lack-Spangenschuhe mit Stepperei verziert, 31/35 M. 4⁷⁵, 27/30 4³⁵
Kräftige Schultiefel aus haltbarem, schwarzem Rindbox, für Knaben und Mädchen 31/35 M. 5⁷⁵, 27/30 5³⁵
Gefütterte Schnallentiefel aus weichem, schwarzem Leder, mit molligem weißen Friesfutter und eingelegerter Friessohle, einmaliges Angebot 7⁷⁵ für Herren 8⁷⁵, für Damen
Damen-Strümpfe künstliche Wäscheide, moderne Farben 95
Damen-Strümpfe echt Egypt. Mako u. la Seidenfior, kräftige Qualität 95
Damen-Strümpfe Flor m. Seide plat., Spitzferse, 4fache Sohle, alle Modelfarben 165
Herren - Socken Baumwolle, neue Muster 45
Klausner Schuh-Etage
Ring 22 1-3 Stock
fabrikan

INSEERATE in der „Arbeiter-Zeitung“
finden weitest Verbreitung
und haben stets die größten **ERFOLGE!**